



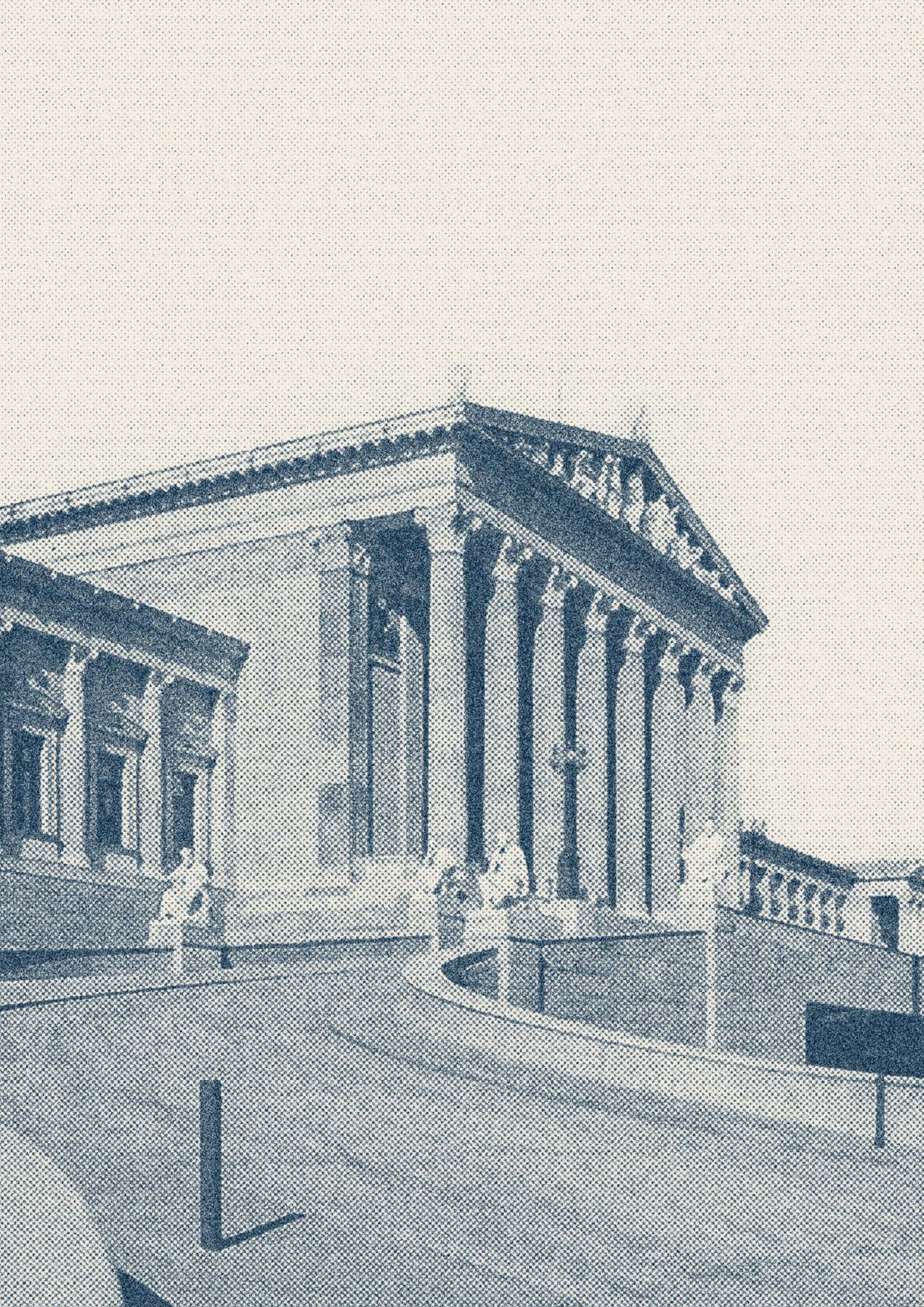
Parlament  
Österreich

# ANNA ELISA BETH HASEL BACH

ANNA ELISABETH HASELBACH  
im Gespräch mit Günther Scheffbeck

Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen | Band 7







Parlamentsdirektion (Hg.)



„Man hat sich mehr Zeit  
genommen, nachzudenken.  
Man hat besser gewusst, was man  
dem anderen zumuten kann ...“





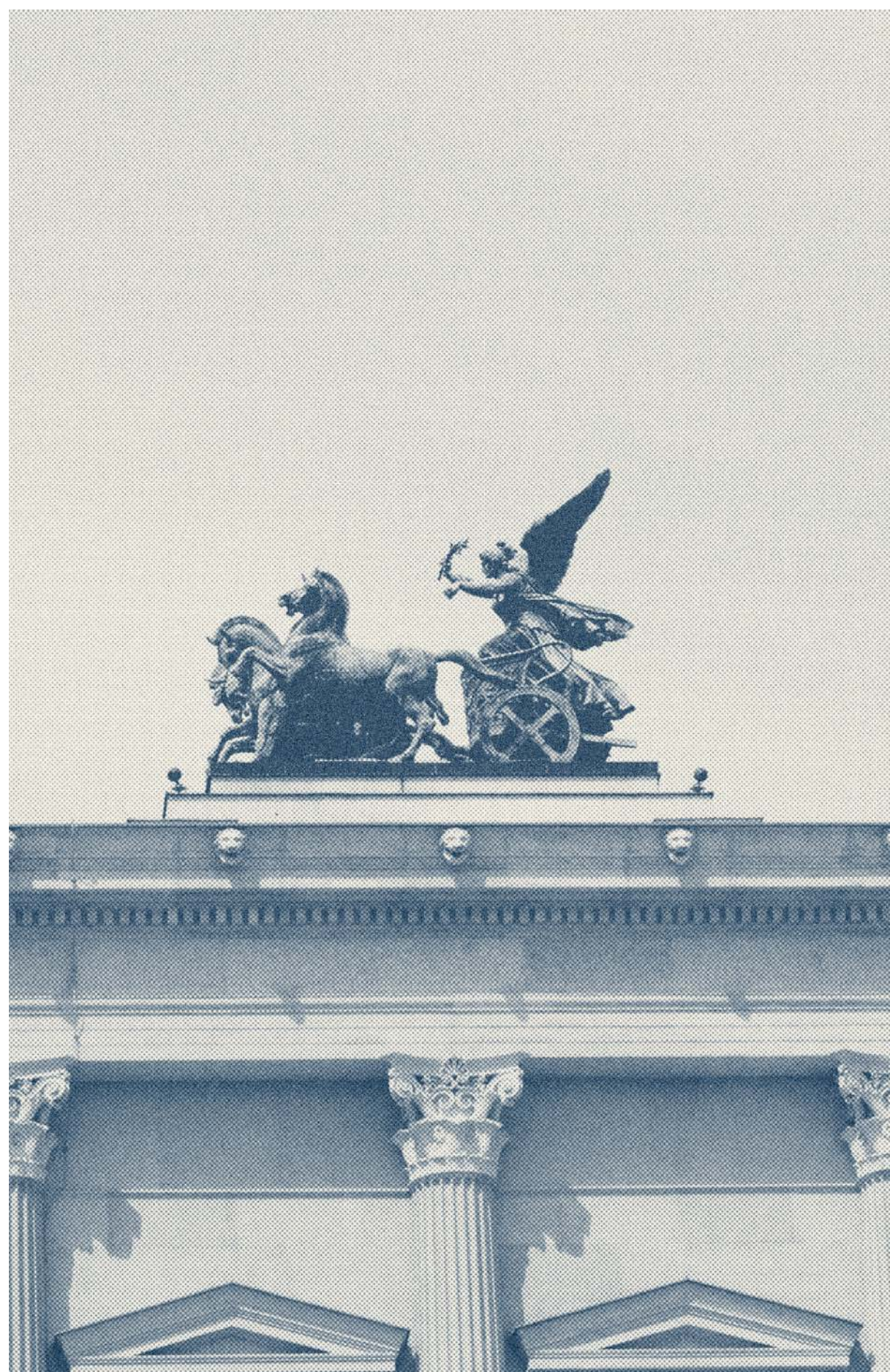
# **Anna Elisabeth Haselbach**

**im Gespräch mit Günther Schefbeck**

**Das österreichische Parlament  
in persönlichen Erinnerungen**

**Band 7**







Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ wurde vom Historiker und langjährigen Leiter des Parlamentsarchivs Günther Schefbeck ins Leben gerufen. Seine Gespräche mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates spiegeln die Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wider. Gleichzeitig erlauben sie vertiefte Einblicke und beleuchten Zeitgeschichte aus völlig neuen und besonders spannenden Blickwinkeln – jenen der Gestaltenden selbst. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach. Zugleich zeichnen sie ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament und deren Veränderung durch Prozesse der Digitalisierung.

Die Interviewpartnerinnen und -partner von Schefbeck bilden das gesamte Spektrum ab: Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates, Klubobleute, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesrates sowie Mitglieder des Bundesrates. Sie alle erleben Parlamentarismus in verschiedenen, einander teilweise überschneidenden Rollen. Die Analyse von Wendepunkten und die rückblickende Betrachtung ist dabei nicht nur eine für Interessierte spannende Lektüre – sie erlaubt in ihrer Bezugsetzung zur Gegenwart auch Lehren für die Zukunft.

# Einleitung



Der Bundesrat, die Zweite Kammer des österreichischen Parlaments, hat einerseits die manifeste Funktion der Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und darin der Vertretung der Interessen der Bundesländer, die sich aus seiner Besetzung durch die Landtage ergibt. Es werden ihm in politikwissenschaftlicher Perspektive andererseits aber auch verschiedene latente Funktionen zugeschrieben: Insbesondere wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ihm in parlamentarischen Karriereverläufen eine wichtige Sozialisierungs- oder Schulungsfunktion zukomme, die freilich damit verbunden ist, dass die meisten Mitglieder des Bundesrates ihre Laufbahn in anderen parlamentarischen Organen fortsetzen und daher die Mitgliederstruktur des Bundesrates von hoher Fluktuation geprägt ist. Einige Persönlichkeiten aber haben den Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit im Bundesrat gefunden und seine Arbeit ebenso wie sein Erscheinungsbild daher besonders beeinflusst. Zu diesen Persönlichkeiten zählt Anna Elisabeth Haselbach.

Schon ihre Familiengeschichte wies sie in die Richtung eines politischen Engagements in der österreichischen Sozialdemokratie. Ihr Vater, Viktor Kleiner, hatte sich schon in der Zwischenkriegszeit in der Sozialdemokratie politisch betätigt, u.a. als Sekretär des Verbandes der jugendlichen Arbeiter und als Mitarbeiter im Landespartei sekretariat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Niederösterreichs. Aus dem Dienst des Magistrats der Stadt Wien, in welchem er seit 1927 stand, wurde er nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten entlassen, und er arbeitete in den Folgejahren in der Privatwirtschaft. Als Mann einer Jüdin galt er als nicht wehrfähig und überlebte daher den Zweiten Weltkrieg. Seine Schwiegermutter aber wurde von den Nationalsozialisten ermordet. Seine Tochter Anna Elisabeth, am 6. Dezember 1942 in Berlin geboren, musste daher ohne ihre Großmutter aufwachsen, und dieser Umstand hat ihr schon sehr früh die Verbrechen des Nationalsozialismus bewusst gemacht. An diese Verbrechen zu erinnern, ist ihr daher zeitlebens ein zentrales politisches Anliegen gewesen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde Viktor Kleiner 1946 Sekretär und in weiterer Folge Kammeramtsdirektor der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich. Politisch war er im



Linzer Gemeinderat und schließlich von 1962 bis 1970 im Nationalrat tätig. Seine Tochter, die nach ihrer Verheiratung mit dem Juristen Arne Haselbach, welcher sich beruflich in der Entwicklungszusammenarbeit und der Volksbildung engagierte, den Namen Anna Elisabeth Haselbach führte, trat schon frühzeitig in die SPÖ ein, nahm ihre Funktionärstätigkeit aber erst 1976 im Bundesfrauensekretariat der Partei auf. Von 1977 bis 1987 arbeitete sie im Büro der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Hertha Firnberg und Heinz Fischer. Als 1987 in der damals gebildeten Koalitionsregierung aus SPÖ und ÖVP das Ressort an die ÖVP fiel, wechselte sie in die Forschungssektion des Ministeriums.

Das Jahr 1987 brachte für Anna Elisabeth Haselbach auch den Beginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit mit sich: von Mai bis Dezember dieses Jahres war sie als Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat tätig, ehe sie nach dessen Neuwahl in den Bundesrat entsandt wurde. Diesem sollte sie über 20 Jahre lang, bis zum Ende des Jahres 2007, angehören.

Anna Elisabeth Haselbach war nicht nur eine der längstdienenden und profiliertesten Bundesrätinnen, sondern sie bekleidete auch vier Mal das Amt der Präsidentin des Bundesrates, und zwar im ersten Halbjahr 1991, im zweiten Halbjahr 1995, im ersten Halbjahr 2000 und im zweiten Halbjahr 2004. Der Vorsitz im Bundesrat wechselt ja in halbjährigem Turnus zwischen den Bundesländern und wird von dem vom Landtag jeweils erstgereichten Mitglied aus dem betreffenden Bundesland ausgeübt.

Von Jänner 1996 an, unterbrochen lediglich durch die Perioden ihrer Präsidentschaft, fungierte Anna Elisabeth Haselbach auch als Vizepräsidentin des Bundesrates. Das Vizepräsidentenamt war bis dahin mit dem Vorsitz einer der beiden großen Bundesratsfraktionen verbunden gewesen; diese Verbindung wurde damals getrennt, und den Vorsitz der Bundesratsfraktion der SPÖ übernahm Albrecht Konečný. Der Vizepräsidentin ermöglichte es diese Ämtertrennung, freier, als dies bis dahin möglich gewesen war, von parteilichen bzw. fraktionellen Erwägungen ihr Amt im Präsidium auszuüben.



War der Beginn der parlamentarischen Tätigkeit von Anna Elisabeth Haselbach auf die Erneuerung der Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP im Bund gefolgt, so veränderte sich die Regierungskonstellation grundlegend im Jahr 2000, als Wolfgang Schüssel eine Regierungskoalition aus FPÖ und ÖVP bildete, in welcher er das Amt des Bundeskanzlers übernahm. Die Folgen dieser Veränderung waren innen- wie außenpolitisch groß: Während in Österreich sich der Widerstand gegen die Bundesregierung in regelmäßigen Demonstrationen manifestierte, reagierten die EU-Partnerstaaten mit den sogenannten „Sanktionen“, die sich auf diplomatischer Ebene in einer Herabstufung der Kontakte auf eine „technische“ Ebene äußerten. In die Zeit dieser „Sanktionen“ fiel die dritte Bundesratspräsidentschaft von Anna Elisabeth Haselbach, und nicht zuletzt ihr fiel somit die schwierige Aufgabe zu, die politische Situation in Österreich im Ausland zu erklären.

Das Ende der parlamentarischen Laufbahn von Anna Elisabeth Haselbach folgte auf die neuerliche Bildung einer Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP im Jahr 2007. Nach Vollendung ihres 65. Lebensjahres legte sie mit Ende des Jahres 2007 ihre politischen Ämter zurück.

Dass das Klima der Zusammenarbeit im Bundesrat, insbesondere auch zwischen SPÖ und ÖVP, auch in der ansonsten von den Spannungen zwischen diesen beiden Parteien geprägten Ära der beiden Bundesregierungen unter Wolfgang Schüssel, also in der Zeit von Beginn des Jahres 2000 bis Beginn des Jahres 2007, besser gewesen ist als im Nationalrat, ist wohl auch auf das Wirken von Anna Elisabeth Haselbach und ihr persönlich ausgleichendes Wesen zurückzuführen gewesen. Der Vorsitzende der Bundesratsfraktion der ÖVP, Ludwig Bieringer, hat sie mehr als einmal als die „Mutter des Bundesrates“ bezeichnet. Mit dieser fraktionsübergreifenden Anerkennung war sowohl ihre Fairness in der Vorsitzführung als auch ihre Konsensorientierung in der Gestaltung politischer Inhalte gewürdigt.

Schon in ihrer Antrittsrede anlässlich des Beginns ihrer ersten Präsidentschaft im Bundesrat, im Jänner 1991, hatte Anna Elisabeth Haselbach ihre Vorstellung von politischer Kultur formuliert: „Wir haben uns dem Weg der parlamentarischen



Entscheidungsfindung verschrieben. In demokratischen Systemen ist der Beschluß durch die Mehrheit die Form, in der Entscheidungen getroffen werden. Aber die Form ist nur **eine** Seite der Entscheidungsfindung. Parlamente verhandeln über Inhalte, indem versucht wird, weitestmöglichen Konsens zu erreichen und Kompromisse zu finden oder zu entwickeln, die von einem möglichst großen Teil der Bevölkerung getragen werden können.“ Und sie setzte fort: „Es sollte daher danach getrachtet werden – diesen Appell richte ich an alle Meinungsmacher, daher auch an die Medien –, von Kompromissen nicht als von etwas Negativem zu sprechen. Es ist doch gerade der Kompromiß, der das demokratische System von Autokratie und Diktatur unterscheidet.“

Ein besonderes Anliegen, nicht zuletzt familiengeschichtlich erklärbar, war Anna Elisabeth Haselbach das Wachhalten und die ständige Erneuerung der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie sah darin eine wesentliche Aufgabe der politischen und gesellschaftlichen Bildungsarbeit und führte dazu anlässlich der Beschlussfassung im Bundesrat über die Schaffung eines Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 1997 aus: „Weil wir aus dem Leiden der Vergangenheit wissen, daß Unkenntnis Angst verschlimmert, daß Unkenntnis die unsinnigsten Behauptungen möglich macht, daß Unkenntnis es den Zauberlehrlingen so einfach macht, Menschen zu mißbrauchen und zu verführen, sollen wir den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen nützen, um ein Bekenntnis gegen Gewalt und Rassismus abzulegen.“

Auch im Zusammenhang mit der Errichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus fand Anna Elisabeth Haselbach wiederholt Gelegenheit, über Erinnerungsarbeit zu sprechen, so im Juli 1999 vor dem Bundesrat: „Gibt es nicht welche, die immer wieder sagen, es gibt doch nicht nur Auschwitz, es gibt doch auch Dresden? Gibt es nicht welche, die die Nazigreuel gegen die Verbrechen der Kommunisten aufrechnen? Gibt es nicht welche, die sagen, wir seien quitt? – Ja, meine Damen und Herren, auch von anderen Menschen sind Menschen gequält und ermordet worden. Aber das kann den Holocaust, nämlich den planmäßig durchgeführten Genozid und die übrigen Verbrechen der NS-Gewaltherr-

schaft nicht relativieren, geschweige denn in einem milderen Licht erscheinen lassen. Ich meine, ein wechselseitiges Aufrechnen von Verbrechen verbietet sich für alle, die es mit der Achtung der Menschenwürde ernstmeinen.“

Nicht nur in Österreich bemühte sich Anna Elisabeth Haselbach stets um kritische politische Bildung, auch auf ihren vielen Auslandsreisen trachtete sie danach, das Wissen der ausländischen Partner um Österreich, um seine Geschichte und sein politisches System zu mehren und damit zu den Grundlagen wechselseitigen Verständnisses beizutragen.

Als Vizepräsidentin und Präsidentin des Bundesrates vertrat sie nicht nur diesen auf ihren Auslandsreisen, sondern wiederholt wurde sie auch als Vertreterin des Bundespräsidenten bzw. des Präsidenten des Nationalrates zu wichtigen internationalen Veranstaltungen ins Ausland entsandt. Regionale Schwerpunkte ihrer Auslandskontakte waren u.a. Ostmitteleuropa und China; so war sie beispielsweise als Leiterin der österreichischen Delegation zur parlamentarischen Konferenz der Zentraleuropäischen Initiative und als Vizepräsidentin der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China tätig. Ein besonderes Herzensanliegen war ihr der Vorsitz der österreichisch-israelischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe.

Diese guten und von Anna Elisabeth Haselbach stets gepflegten internationalen Kontakte haben sich im Jahr 2000, nach der Bildung der Bundesregierung Schüssel und angesichts ihres internationalen Echos als besonders wertvoll für Österreich erwiesen. Aber auch und vor allem in Österreich selbst war es in der damals angespannten politischen Situation wichtig, dass Persönlichkeiten wie Anna Elisabeth Haselbach an einer gesprächsbereiten und kompromissoffenen politischen Kultur festgehalten haben. Ihre Antrittsrede anlässlich ihrer dritten Präsidentschaft im Bundesrat hat sie einen Tag vor der Angelobung der Bundesregierung Schüssel, am 3. Februar 2000, gehalten und darin betont: „Der Bundesrat hat sich immer dadurch ausgezeichnet, dass seine Mitglieder untereinander in menschlich guter Art und Weise miteinander verkehrt sind. Auch wenn manche Töne in der Debatte etwas



zu rau waren, waren sie eben von der Überzeugung getragen, für das Richtige zu kämpfen. Sehr selten mündeten sie aber in Verächtlichmachung oder persönlicher Diffamierung. Ich hoffe, diese Gesinnung wird den Bundesrat auch weiterhin, trotz harter Auseinandersetzungen, die selbstverständlich auf Grund von Neupositionierungen zu erwarten sind, auszeichnen.“

Dazu hat Anna Elisabeth Haselbach selbst, im Jahr 2000 ebenso wie in ihrer ganzen parlamentarischen Laufbahn, maßgeblich beigetragen.



Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach und Nationalratspräsident Andreas Khol geleiten den zum Bundespräsidenten gewählten Heinz Fischer zu seiner Angelobung in der Bundesversammlung am 8. Juli 2004



Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach: Wiener Gespräche zur politischen Bildung im Juni 2011 (li.); Portrait (2005, re.)



# Gespräch

am 2. Juni 2016

**Interviewer:** Frau Präsidentin, danke, dass Sie sich die Zeit nehmen, uns ein Gespräch zu gewähren. Sie haben 20 Jahre dem Bundesrat angehört, von 1987 bis 2007.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja.

**Interviewer:** Was ist Ihre Erinnerung an den Tag Ihrer Angelobung?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Der Tag der Angelobung, na ja, das war große Freude und ansonsten, würde ich sagen, ohne größere Erwartungen, aber eines muss ich schon gestehen: Ich wollte eigentlich schon von sehr früh an ganz gerne in ein politisches Mandat, habe dann aber die Kinder gehabt, und es hat also ein bisschen gedauert, aber als die Kinder dann so weit waren, dass man sie auch am Abend einmal unbeaufsichtigt allein lassen konnte, habe ich mich in der SPÖ engagiert, und dann hat halt eines das andere ergeben.

Und ich war zuerst kurz im Wiener Gemeinderat, dieser Platz ist leider verloren gegangen aufgrund der Wahl, und ich habe dann das Angebot vom damaligen Klubobmann Hannes Swoboda<sup>1</sup> bekommen, ob ich nicht in den Bundesrat möchte, und da habe ich sofort „ja“ gesagt.

**Interviewer:** Haben Sie sich in irgendeiner speziellen Weise auf die Mitgliedschaft im Bundesrat vorbereitet, sich mit der Geschäftsordnung beschäftigt, sich mit den Materien beschäftigt, die auf Sie zukommen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Eigentlich nicht. Ich muss allerdings dazusagen, dass ich ja eine Reihe von Persönlichkeiten gekannt habe, die im Mandat schon gewesen waren oder sogar eben im Mandat noch drinnen waren. Ich habe gewusst, es gibt die

---

1 | Hannes Swoboda (\*1946), beruflich als Abteilungsleiter in der Wiener Arbeiterkammer tätig, gehörte als Mandatar der SPÖ von 1983 bis 1988 dem Wiener Landtag und Gemeinderat an und war dort ab 1986 Klubobmann der Sozialistischen Fraktion. Von 1988 bis 1996 war er amtsführender Stadtrat der Stadt Wien. 1996 wurde er in das Europäische Parlament gewählt, dem er bis 2014 angehörte. Dort fungierte er nicht nur als Delegationsleiter der SPÖ, sondern auch als zunächst stellvertretender Vorsitzender, dann ab 2012 als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion.



Regierungsvorlagen und die Zweierbeilagen und die Dreierbeilagen<sup>2</sup>, das habe ich schon alles gewusst. Auch da muss ich sagen: Ich habe es einfach auf mich zukommen lassen, auch in welchen Ausschuss man mich schickt. Ich habe da keine Wünsche geäußert.

Im Gegenteil: Ich habe sogar gemeint, wie man mir gesagt hat, ich soll in den Wissenschaftsausschuss: „Na ja, tut das gut? Ich arbeite im Wissenschaftsministerium.“ Aber da hat niemand ein Problem gesehen, und so war ich zum Beispiel auch im Wissenschaftsausschuss.

**Interviewer:** Welche Aufgaben haben Sie im Bundesrat wahrgenommen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Das ist jetzt gar nicht so einfach zu beantworten, denn: man fügt sich einmal in die Ausschüsse, in die man hineingesetzt wird. Also ich glaube, es gibt sehr wenige Kollegen, die von vornherein sagen: Wenn ich einmal da drinnen bin, dann möchte ich dort und dort sein. Es war dann durchaus für mich ein bisschen eine Enttäuschung, wie die Ausschüsse ablaufen. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass man auch in den Ausschüssen noch politisch inhaltlich zu den Themen spricht und nicht nur den Beamten, die da herbeieilen, eine Frage stellt. Da war ich nicht sehr glücklich dabei, aber es siegt dann durchaus auch eine gewisse Faulheit ... „Ach ja, heut' hab' ich Ausschuss!“

Die Ausschussarbeit, da war ich eigentlich ein bisschen traurig, hätte man als bewusster Parlamentarier – und auch Bundesräte sollten bewusste Parlamentarier sein – anders gestalten können.

---

2 | Die als Beilagen zu den Stenographischen Protokollen veröffentlichten Parlamentarischen Materialien sind in drei Beilagenserien organisiert: die Serie I umfasst u.a. die Regierungsvorlagen und Ausschussberichte, die Serie II die parlamentarischen Anfragen und Anfragebeantwortungen und die Serie III die Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder sowie die Berichte des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft. Nach dem Beitritt zur EU sind im Nationalrat zwei weitere Beilagenserien hinzugekommen: die Serie IV umfasst die Auszugsweisen Darstellungen der Beratungen des Hauptausschusses, die Serie V jene des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in Angelegenheiten der EU.

**Interviewer:** Sie haben ja in diesen 20 Jahren verschiedene Regierungsformen erlebt, einerseits die Koalition von SPÖ und ÖVP, die auch im Bundesrat eine klare Mehrheit hatte, dann aber auch die Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition, in deren Dauer die Regierung ihre Mehrheit im Bundesrat eingebüßt hat. Hat das eine Auswirkung auf die Arbeit der Bundesratsausschüsse gehabt?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Es war natürlich bunter, das Ganze, wobei ich jetzt sagen muss: Die Sozialdemokratische Fraktion hat das große Glück mit ihrem Fraktionsvorsitzenden gehabt, der ein begnadeter Redner war, und daher waren also sowohl Plenarsitzungen als auch Ausschusssitzungen ... Ja, das war schon lustiger, gebe ich zu, ja.

**Interviewer:** Hat man auch den Eindruck gewonnen, dass aus dem Bundesrat inhaltliche Initiativen kommen können?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Diesen Eindruck habe ich sehr wohl gehabt, muss aber dazusagen, diese Initiativen sind hauptsächlich vom Präsidenten Schambeck<sup>3</sup> ausgegangen, der eben immer auf der Suche war, was könnte man tun, und der sich nicht damit zufrieden gegeben hat, dass die jeweiligen – alle Halbjahre neuen – Präsidenten einfach die Aufwertung des Bundesrates verlangt haben. So billig geht's nämlich nicht, da muss einem schon etwas einfallen, wie man sich aufwerten kann.

**Interviewer:** Dem Bundesrat wird von der Verfassungstheorie die Rolle der Vertretung der Länder im Prozess der Bundesgesetzgebung zugeschrieben. In der Politikwissenschaft wird immer wieder hervorgehoben, dass, weil im Bundesrat dieselben politischen Parteien vertreten sind wie im Nationalrat, ein Unterschied im inhaltlichen Profil schwer nachzuweisen ist. Wie haben Sie den Gegensatz zwischen diesen beiden Dimensionen empfunden?

---

3 | Herbert Schambeck (1934–2023), seit 1967 Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Universität Linz, gehörte von 1969 bis 1997 als Mandatar der ÖVP dem Bundesrat an. Von 1975 an war er Vorsitzender der Bundesratsfraktion des Parlamentsklubs der ÖVP und stellvertretender Vorsitzender bzw. ab 1988 Vizepräsident des Bundesrates. Namens des Bundeslandes Niederösterreich übte er dreimal turnusmäßig den halbjährigen Vorsitz des Bundesrates aus, 1988 als Vorsitzender, 1992 und 1997 als Präsident.



**Anna Elisabeth Haselbach:** Also ich habe ihn nicht als störend empfunden, wobei ich jetzt eines sagen muss: Die Wiener Sozialdemokraten, auch wenn sie im Rathaus sind, sind sicherlich mehr Zentralisten als die Sozialdemokraten in den Bundesländern. Ich habe aber das Glück gehabt, in Oberösterreich aufzuwachsen und in Niederösterreich in die Schule zu gehen. Also ich habe sowohl das oberösterreichische Klima des hohen Respekts voreinander miterlebt, ich habe in Niederösterreich das ÖVP-Biotop erlebt, das alles zugedeckt hat, ich habe in Wien das SPÖ-Biotop erlebt, das auch einiges zugedeckt hat.

Ja, die Bundesländervertretung: Es hat eine Sache gegeben, wo die Bundesländer – auch die sozialdemokratische Fraktion – gegen einen Nationalratsbeschluss waren, und zwar war das das Fernwärmegesetz<sup>4</sup>. Ich erinnere mich deshalb daran, weil ich für das Gesetz war, gegen den Wunsch meines Wiener Landesparteib Manns Hans Mayr<sup>5</sup>, der also der Meinung war, da müssen die Bundesländer „nein“ sagen.

Ich habe aber einfach das Gefühl gehabt, da sind Dinge drinnen, die der Bevölkerung nicht schaden, wenn man auf die Emissionen ein bisschen besser aufpasst, und habe daher ... ich glaube, ich war die Einzige, die nicht dem Einspruch gefolgt ist, sondern sich gegen den Einspruch ausgesprochen hat.

Aber daran erinnere ich mich eben noch ganz gut. Und wenn ich mich nicht irre, war das sogar ein Gesetz, das zwar an den Nationalrat zurückgegangen ist, aber der Nationalrat hat sich in der Zwischenzeit aufgelöst. Also das war damit dann weg.

---

4 | Gemeint ist der Beschluss des Nationalrates vom 14. Juli 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Länder ermächtigt werden, eine Abgabe auf den Verbrauch elektrischer Energie zu erheben. Da mit diesem Gesetzesbeschluss das Abgabenfindungsrecht der Länder beschränkt worden wäre, sprachen sich sämtliche Bundesländer gegen ihn aus, und der Bundesrat erhob am 7. September 1994 gegen ihn einen begründeten Einspruch. Wegen des Endes der Gesetzgebungsperiode des Nationalrates konnte dieser keinen Beharrungsbeschluss mehr fassen, um den Einspruch zu überwinden.

5 | Hans Mayr (1928–2006), beruflich in der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten tätig, gehörte von 1963 bis 1971 dem Wiener Landtag und Gemeinderat sowie von 1971 bis 1973 dem Nationalrat an. Von 1973 bis 1994 war er amtsführender Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft in Wien, ab 1984 auch Vizebürgermeister. Von 1988 bis 1993 war er Landespartei vorsitzender der SPÖ Wien.



Besuch des spanischen Senatspräsidenten Juan José Laborda Martín im österreichischen Parlament (1991, re.) Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach



Präsidium des Bundesrates im zweiten Halbjahr 2007 (v. li.): Bundesratsvizepräsident Jürgen Weiss, Bundesratspräsident Wolfgang Ertlitz und Bundesratsvizepräsidentin Anna Elisabeth Haselbach



**Interviewer:** Es wird immer wieder die Aussage des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Wien, Jakob Reumann, des damaligen Vorsitzenden des Bundesrates, zitiert, in der ersten Sitzung des Bundesrates: Der Bundesrat werde – sinngemäß gesagt – dem Nationalrat nicht zu sehr ins Handwerk pfuschen, ihn nicht zu sehr stören. Auf der anderen Seite haben wir viele Äußerungen von Bundesräten beispielsweise aus den westlichen Bundesländern, die eine Einflussnahme des Bundesrates auf den Gesetzgebungsprozess einfordern. Haben Sie da einen Gegensatz zwischen Osten und Westen erlebt?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Würde ich jetzt ... Vor allen Dingen in der Zeit, wo ich halt einfach bis 1994 ... ich bin ja erst 1996 Vizepräsidentin geworden, war zwar 1991 und 1995 Präsidentin, aber in der Zwischenzeit halt ein Mitglied des Bundesrates. Und da, muss ich gestehen, war das nicht so zu spüren, weil das ja dann schon durch einige Filter gegangen ist.

**Interviewer:** Präsident Weiss hat darauf hingewiesen, dass die Vorarlberger Bundesräte sehr dichten und engen Kontakt mit dem Vorarlberger Landtag gehalten und sich an dessen Aufträge gebunden gefühlt haben. Sind ähnliche Bindungen auch bei anderen Bundesländerdelegationen zu beobachten gewesen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich kann es jetzt nur von mir aus sagen: Für mich war es selbstverständlich, erstens einmal in den Landtagsklub meiner Fraktion zu gehen und zu den Landtagssitzungen zu gehen, das war eine Selbstverständlichkeit. Ich kann mich aber außer dieser einen Sache von Hans Mayr nicht erinnern, dass da irgend etwas gekommen wäre. Sicherlich waren die Vorarlberger beispielgebend dafür, was man aus einer Funktion machen kann.

**Interviewer:** Als Mitglied des Bundesrates haben Sie zwei Klubs angehört, dem Landtagsklub wie auch dem Parlamentsklub. Hat sich aus dieser Zugehörigkeit einfach nur ein Informationsgewinn oder haben sich daraus unter Umständen auch Interessenkonflikte ergeben?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Also, Interessenkonflikte – ich kann nur von mir sprechen – würde ich nicht sagen, weder in der einen noch in der anderen Sache. Ich bin auch zu allen großen Klubsitzungen gegangen, weil es natürlich wichtig ist, zu hören, was läuft im Nationalrat. Aber natürlich ist im Klub auch schon nur mehr behandelt worden, was durch die Ausschüsse schon durch war.

**Interviewer:** Sie haben zuvor darauf hingewiesen, dass die Ausschusssitzungen des Bundesrates eher knapp angelegt waren. War im Bundesrat die Tätigkeit der Mitglieder mehr auf das Plenum konzentriert, als es zum Beispiel im Nationalrat der Fall ist?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja. Das, was ein Mitglied sagen wollte, wurde dann im Plenum gesagt. Der Bundesrat hat ja, soweit ich weiß, noch immer keine Redezeitbeschränkung, aber die Reden haben sich von der Dauer her eigentlich immer in vernünftigen Maßen gehalten. Natürlich ist sehr, sehr oft im Prinzip das wiedergegeben worden, was auch im Nationalratsplenum gesagt wurde. Darum hätte ich mir halt gewünscht, dass man sich auch in einer Sache, der man zustimmt, mehr damit beschäftigt: Was führt dazu, dass ich zustimme? Was gefällt mir besonders gut? Oder: Was tut mir leid, was nicht hineingekommen ist? Das war eigentlich immer ein bisschen unterbelichtet.

**Interviewer:** Wie haben Sie sich auf Ihre Reden vorbereitet?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Meistens in der Nacht und zum Teil viele Nächte. (Lacht.) Ich würde sagen, die ersten Jahre – ... also so ganz am Anfang – die ersten Jahre – kann man fast sagen: eine Minute reden, eine Stunde vorbereiten ... weil ich doch sehr viel versucht habe, mir Publikationen anzuschauen. Ja, auch ich habe mir die Reden im Nationalrat angeschaut, und wenn ich da einen Punkt gefunden habe, den ich interessant gefunden habe, dann habe ich mich über Publikationen und so weiter herangearbeitet an das Thema. Und das Interessante beim Bundesrat ist ja, dass man zu relativ vielen Themen drankommt. Also nicht nur das, wo man im jeweiligen Ausschuss ist, sondern dass man sich eigentlich zu allem – zumindest unter

Strutzenberger<sup>6</sup> – melden konnte, beziehungsweise Strutzenberger hat gesagt: „Du sprichst zu ...!“ (Heiterkeit.) Und da wird zwar manchmal ein bisschen gemault, aber geschadet hat es nicht.

**Interviewer:** Wie haben Sie sich die Informationsressourcen beschafft, die Sie zur Vorbereitung benötigt haben?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Na ja, einfach den Computer aufmachen und ein paar Knopferl drücken, das gab es damals noch nicht, sondern ... ja, ich habe einfach versucht über so vieles wie möglich Broschüren zu haben, und da drinnen habe ich halt herausgesucht, was mir als sinnvoll erschienen ist, nicht?

**Interviewer:** Haben Sie da privat gesammelt oder haben Sie sich auch der Parlamentsbibliothek oder anderer öffentlicher Einrichtungen bedient?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich muss zu meiner Schande gestehen, die Parlamentsbibliothek habe ich eigentlich sehr selten besucht, sondern ich habe eher mit den Broschüren gearbeitet, die ich gekriegt habe, sei es jetzt über die Löwelstraße<sup>7</sup>, von den Ministerien, vieles Internationales, was mein Mann hatte, dem ja durchaus für meine Tätigkeit auch ein Danke gebührt, weil ich schon sehr oft, gerade, wenn es um internationale Dinge gegangen ist, mit ihm einfach sprechen konnte: „Was meinst du dazu?“ Es ist heute, glaube ich, einfacher, wenn man googelt. (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Was die Qualität nicht unbedingt verbessern muss.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja, aber andererseits: Wer weiß, ob ich nicht sehr einseitig war, einfach aufgrund der Unterlagen, die ich halt gehabt habe.

---

6 | Walter Strutzenberger (1928–2020), Kriminalbeamter und Gewerkschafter, gehörte von 1982 bis 1995 dem Bundesrat an, ab 1987 als Vorsitzender der SPÖ-Fraktion; von 1987 bis 1988 war er stellvertretender Vorsitzender, von 1988 bis 1995 Vizepräsident des Bundesrates.

7 | Das Haus Löwelstraße 18/Teinfaltstraße 11 beherbergt die Bundesparteizentrale der SPÖ; „die Löwelstraße“ steht daher im politischen Sprachgebrauch für die SPÖ-Zentrale synonym.



**Interviewer:** Welche Unterstützung haben Sie von Seiten Ihres Klubs erhalten?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Wenn ich darum gebeten habe, ja. Automatisch war das, was uns übermittelt wurde ... wenn klar war, dass man zu einem Tagesordnungspunkt spricht, sind einem sofort die Nationalratsreden übermittelt worden. Das ist schon einmal eine Riesenhilfe, weil es insofern natürlich auch eine Hilfe war ... in Wien habe ich es ja leicht gehabt, bei allen Sitzungen zu sein, nur die Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern, die konnten nicht zu jeder Nationalratsklubsitzung et cetera kommen, und daher war das sicher eine große Hilfe, dass man zumindest wusste: Wie ist es im Nationalrat gelaufen? Was kann ich von der ÖVP, was kann ich von den Freiheitlichen an Argumenten erwarten? Ich habe mir vor allen Dingen die Reden der anderen Fraktionen angeschaut, weil ich gewappnet sein wollte: Was kommt von dort an Argumenten?

**Interviewer:** Wie war da die organisatorische Struktur im Klub? Gab es da zuständige Klubsekretäre, die den Bundesrat betreut haben?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja. Auch die, die den Nationalratsklub betreut haben, haben den Bundesrat betreut, wobei der Kollege Pointner<sup>8</sup> speziell auch noch den Bundesrat betreut hat und dem Fraktionsvorsitzenden zur Hand gegangen ist.

**Interviewer:** Die Plenardebatten richten sich ja, Teil der Theorie des Parlaments und der Praxis, die wir in den Medien wahrnehmen können, primär an die Öffentlichkeit. Im Bundesrat ist die Öffentlichkeit in der Regel weniger vertreten. Wie haben Sie die Öffentlichkeit erreicht?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Erstens gibt es jetzt die Direktübertragungen von diesem Kulturkanal des ORF, aber ich habe das sogar immer als sehr positiv empfunden, weil für mich hat sich dann anders herausgestellt ... aber ursprünglich bin ich mal in den Bundesrat mit Freude hinein, so mit dem Hintergedanken: Das ist eine wunderbare

---

8 | Peter Pointner (1962–2024) trat als Jurist 1986 in den Dienst der Parlamentsdirektion und wurde in weiterer Folge der SPÖ-Parlamentsfraktion zur Dienstleistung zugewiesen.



Gehschule. Da sitzen nicht 20 Journalisten hinten, die dich dann zerpfücken, du kannst dir Fehler erlauben, du lernst und so weiter. Ich habe das durchaus als positiv empfunden.

Die Übertragungen, diese Wort-für-Wort-Übertragungen sind natürlich für den interessierten Zuschauer schon interessant, aber es bedarf dann unglaublich viel Erklärung in der Öffentlichkeit. Man kann nicht womöglich 18 Stunden drinnen sitzen und sich nicht rühren, oder man kann auch nicht zwei Stunden sitzen und nur zuhören oder nicht doch einmal etwas lesen. Das ist wahnsinnig schwierig, den Leuten zu erklären, wo der Großteil der Arbeit geschieht, dass das Plenum ja dann im Prinzip nur mehr das Absegnen ist ... und den anderen Mitgliedern des Plenums zu erklären, worum es im Ausschuss gegangen ist, in dem sie nicht waren. Da könnten meines Erachtens die Medien ein bisschen mehr tun als nur zu übertragen.

**Interviewer:** Wie haben Sie diese Kommunikation der Öffentlichkeit gegenüber selbst bewerkstelligt in beispielsweise Sektionsversammlungen, anderen Parteiveranstaltungen, in öffentlichen Kontexten?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Sagen wir es einmal so: Ich habe überhaupt keine Öffentlichkeitsarbeit in dem Sinn gemacht, das wollte ich irgendwie nicht, und ich war natürlich in meinem Bezirk schon sehr, sehr stark eingebunden in den Sektionen. Dieses Sektionsleben, das existiert auch nicht mehr so wie früher. Da hat sich enorm viel verändert. Aber früher war es wirklich so, dass man in die Sektion gegangen ist, dort einen politischen Bericht gegeben hat, und am Muttertag oder zu Weihnachten hat man ein Festreferat gehalten. (Heiterkeit.)

Das hat heute nicht mehr das Gewicht. Leider ... diese Sektionssache, da ist die Zeit ein bisschen drüber hinweggerollt, denn es könnte schon noch eine große Aufgabe haben, wenn man Hintergrund beleuchtet. Aber wenn es nur darum geht, zu berichten, das und das ist beschlossen worden, da sind alle die, die zu Hause geblieben sind und sich die Halbachuhr-Nachrichten angeschaut haben, besser informiert.

Und dieses Erklären, warum etwas wie zustande gekommen ist, das fehlt. Es waren viele vielleicht auch überfordert damit, weil doch dieser Stufenaufbau, dieser hierarchische Aufbau, dass man in der Sektion ist, dann dient man sich hinauf in den Bezirk, wenn man Glück hat, wird man noch auf die Landesebene delegiert, von der Landesebene – also dann hat man schon ganz großes Glück – noch auf die Bundesebene. Und dann passiert es, dass die, die die Leiter geschafft haben ... denen hängt es da raus, weil sie es fünfmal gehört haben. Und dann geht nichts mehr sinnvoll nach unten.

**Interviewer:** Die Aufgabe der Parlamentarier und Parlamentarierinnen gegenüber der Zivilgesellschaft wird ja oft als eine der Zwei-Weg-Kommunikation beschrieben, einerseits die Kommunikation der Entscheidungen des Parlaments oder der staatlichen Willensbildung an die Zivilgesellschaft und andererseits die Sammlung, Aggregation und Artikulation zivilgesellschaftlicher Interessen im Parlament. Wie haben Sie diese Doppelrolle erlebt?



**Anna Elisabeth Haselbach:** Na ja, auch irgendwo mangelhaft, weil diese Doppelrolle ist ja an sich etwas sehr Gutes, dass ich auf der einen Seite erklären kann, wie war der Entstehungsprozess, zuerst beginnt es einmal: Was will meine Partei? Das wird kommuniziert nach außen: Was will meine Partei? Dann sind die Verhandlungen, über die schon nicht mehr berichtet wird, dann ist der Kompromiss da, und draußen heißt es: „Die streiten schon wieder!“ – Eine Katastrophe! So ist es ja nicht.

Da gibt es natürlich Kommunikationsfehler, große sogar. Aber wir haben auf der einen Seite etwas, was in meinen Augen natürlich auch vernünftig ist, dass wir sagen, Abgeordnete sollen ihren Beruf weiter ausüben. Das führt aber dazu, dass ich mir nicht die Zeit nehmen kann, um mich als Person selbst sinnvoll zu informieren, etwas sinnvoll auszuarbeiten.

So, jetzt wird auf der Nationalratsseite gleich einmal an die Mitarbeiter ausgelagert. Die Bundesräte haben die Mitarbeiter nicht<sup>9</sup>. Es sei denn, sie kommen aus einer Organisation, wo ihnen eine Infrastruktur zur Verfügung steht. So wunderbar es ist, wenn ich vom Mandat nicht abhängig bin, so schwierig ist es in meinen Augen auch, wenn ich daneben voll einen Beruf ausübe.

Ich habe das Glück gehabt als Beamtin, dass ich mich habe außer Dienst stellen lassen, und sage jetzt sehr flapsig dazu: „Das ist gegangen, weil der Haselbach den Zins gezahlt hat.“ (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Haben Sie den Umstand, dass das Parlamentsmitarbeitergesetz den Mitgliedern des Bundesrates keine Remuneration für persönliche Assistenz zubilligt, als Mangel empfunden?

---

9 | Gemäß dem Bundesgesetz über die Beschäftigung parlamentarischer Mitarbeiter (Parlamentsmitarbeitergesetz), BGBl. Nr. 288/1992, haben die Abgeordneten zum Nationalrat – nicht aber die Mitglieder des Bundesrates – in begrenztem Ausmaß Anspruch auf Kostenersatz für die Beschäftigung von parlamentarischen Mitarbeitern.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja, halte ich für einen Mangel. Und das, was ich als größten Mangel empfinde, das muss ich noch anbringen, ist, dass die Bundesräte nicht direkt gewählt werden. Das könnte man im Zuge einer Landtagswahl selbstverständlich machen. Sogar in Wien, wo man die Bezirksvertretungen auch noch wählt, würde es auch noch gehen.

Es wäre ein ganz anderes „standing“. Es hört sich damit einfach auf, Manövriermasse von Parteisekretariaten zu sein. – Nichts gegen Parteisekretariate, weil ich durchaus eine Anhängerin von Parteien bin ... jeder eine eigene Partei, und da kommt man nicht weit, weil die wenigsten realisieren, dass alles im Leben Politik ist. Auch wenn ich heute mit dem Stock da herüberwackle, dass ich heute wieder gesund bin, habe ich einer politischen Entwicklung zu verdanken.

**Interviewer:** Sie haben zuvor über das Verhältnis zur Zivilgesellschaft gesprochen: Inwieweit ist es Ihnen möglich gewesen, zivilgesellschaftliche Positionen in das Parlament und in politische Willensbildungsprozesse hineinzutragen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Wenn Parteiorganisationen, also Menschen, die in einer Partei sind, auch Teil der Zivilgesellschaft sind, also sie sind es ja, aber auch als solche anerkannt werden, dann würde ich sagen, haben wir natürlich einiges reingebracht. Wenn es darum geht, dass sich irgendwo ein Bürgerunmut zusammenbraut, wage ich zu bezweifeln, dass das sehr oft gleich ins Parlament gebracht wird. Wir haben zwar unsere Bezirksstrukturen, aber da wird es auf kommunaler Ebene behandelt, und Kommunalpolitik ist etwas völlig anderes als die Bundespolitik.

**Interviewer:** Ein Grundprinzip des Parlamentarismus, nicht nur in Österreich, ist das freie Mandat. Präsident Weiss hat den Standpunkt vertreten, gerade für den Bundesrat sieht er das freie Mandat unter Umständen als kontraproduktiv an, weil er meint, es sei die Rückbindung an die Länder und an die Landtage gefordert. Teilen Sie diesen Standpunkt oder halten Sie das freie Mandat für richtig?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich teile diesen Standpunkt nicht. Er ist ja immer davon ausgegangen, dass diese indirekte Wahl der Bundesräte eine gute, sinnvolle Sache ist, und daher auch die Bindung an den Landtagsbeschluss, was ihm immer wichtig war. Mir wäre aber immer eine Direktwahl wichtig gewesen. Und bei der Direktwahl will ich natürlich die absolute Eigenverantwortlichkeit des jeweiligen Abgeordneten; dass sich der dann einer Klubmeinung unterwirft, das ist Sache des Abgeordneten.

Natürlich, man hört vom Klubzwang, aber es gibt noch viel mehr Zwänge, die vielleicht stärker wirken als ein sogenannter Klubzwang. Aber wenn ich in meiner Fraktion etwas ausdiskutiert habe, auch wenn ich mit meiner Meinung überbleibe, aber eine Mehrheitsmeinung gefunden wurde, dann hält man sich dran. Aber ich habe es nicht als Geknebeltsein empfunden, denn, wie gesagt, wenn mir etwas nicht passt, kann ich mich ja in meinen Gremien zu Wort melden. Und auch dort gibt es dann die demokratische Entscheidung.

**Interviewer:** Wie hat sich die Willensbildung in den Klubs vollzogen? Ist es öfter zu Abstimmungen gekommen oder war das eher eine Konsensfindung im Diskurs?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja, vor allen Dingen würde ich das für den Nationalrat sagen. Ich kann jetzt natürlich auch nur von meinem Klub sprechen und von der Zeit, in der ich halt war, und in der Fraktion im Bundesrat ... Ja, zum Teil haben wir natürlich die Beschlüsse schon gekannt, und ja, da ist es fast mehr darum gegangen, vor allen Dingen in der Zeit, als die SPÖ in Opposition zur Regierung war, aber im Bundesrat doch einige Zeit die Mehrheit hatte ... da ist natürlich schon sehr viel Taktik besprochen worden, aber das war dann Taktik: Welche Argumente bringe ich? Wie stimmen wir ab?

Es ist eigentlich nie eine Materie von Grund auf aufgerollt worden, sondern man hat ja so viele verschiedene Ebenen gehabt, in denen man zum Teil drinnen war, erfahren hat, was dort beschlossen wurde und so, dass es da wirklich von Grund auf ... war eigentlich selten, weil sich natürlich auch der Parteivorstand mit diesen Dingen beschäftigt hat. Da ist es noch eher darum gegangen, was wollen wir, was wollen die anderen, wo gibt man nach?





Portrait von Anna Elisabeth Haselbach (2000)



Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (2000), Anna Elisabeth Haselbach und Nationalratspräsident Heinz Fischer

Ich würde sagen: In den Parteigremien sind da wahrscheinlich mehr Vorentscheidungen und auch Entscheidungen gefallen, als dann im Klub selber, weil ja die Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen auch schon mit einer Linie in den Ausschuss hineingegangen sind.

**Interviewer:** Wie hat sich die Interaktion mit den anderen Klubs vollzogen? Hat es da vor den Ausschüssen schon informelle Vorbesprechungen gegeben, um Abstimmungen zu ermöglichen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Na ja, es hat ... Jetzt muss man natürlich dazu sagen, dass die Zeit, als ich im Bundesrat war, insofern eine sehr glückliche Zeit war, als da ein Jürgen Weiss<sup>10</sup> war, ein Herbert Schambeck, ein Strutzenberger, ein Albrecht Konečný<sup>11</sup>, die ganz genau gewusst haben, wie weit kann ich gehen? Was kann ich dem anderen zumuten?

Und natürlich haben die vorher den Ablauf abgesprochen. Ich wäre im 91er Jahr als Präsidentin ganz schön „g’schwommen“, wenn die zwei Vizepräsidenten [Herbert Schambeck und Walter Strutzenberger] nicht die Zügel in der Hand gehabt hätten.

**Interviewer:** Man hat immer wieder den Eindruck, und es ist auch immer wieder gesagt worden, dass die Kultur der Zusammenarbeit, auch der Diskussions- oder

---

10 | Jürgen Weiss (\*1947), beruflich als Landesbeamter und von 1969 bis 1991 als Landesgeschäftsführer der Vorarlberger ÖVP tätig, gehörte von 1979 bis 1991 sowie von 1994 bis 2009 dem Bundesrat an. Viermal übte er namens des Bundeslandes Vorarlberg als Präsident des Bundesrates turnusmäßig den halbjährigen Vorsitz des Bundesrates aus, und zwar in den Jahren 1995, 1999, 2004 und 2008. Von 1997 an war er, sofern er nicht das Präsidentenamt bekleidete, Vizepräsident des Bundesrates. Von 1991 bis 1994 gehörte er als Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform im Bundeskanzleramt der Bundesregierung an.

11 | Albrecht Konečný (1942–2017), beruflich als Journalist und von 1987 bis 1996 als Leitender Sekretär bzw. von 1996 bis 2006 als Internationaler Sekretär der SPÖ tätig, gehörte von 1983 bis 1986 dem Nationalrat und von 1987 bis 2010 dem Bundesrat an, wo er ab 1996 als Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ fungierte. Von 1995 bis 1996 bekleidete er daneben ein Mandat im Europäischen Parlament.

Debattenstil im Bundesrat anders und vielleicht amikaler wäre als im Nationalrat. Haben Sie diesen Eindruck auch gewonnen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Das habe ich schon zu Zeiten gehört, als mein Vater<sup>12</sup> noch Abgeordneter war, dass es im Bundesrat so „nett“ ist. Und es stimmt natürlich, wenn man aus einem Bundesland gemeinsam anreist, dass man da anders miteinander umgeht. Und dann noch zusätzlich diese Überschaubarkeit ... von den 50 bis, die höchste Zahl war 64<sup>13</sup>, wenn ich mich richtig erinnere ... na ja, das ist überschaubar.

Im Nationalrat hat es unter den Bundesländerleuten, glaube ich, schon durchaus ein amikales Miteinanderumgehen gegeben. Ich glaube, das ist weniger geworden. Und natürlich, die beiden großen Parteien haben beide festgestellt, es ist wirklich lustiger, in einer monocoloren Regierung zu sitzen.

Anders ist es in den Bundesländern, wo es nach wie vor die Konzentrationsregierungen gibt<sup>14</sup>. Da geht man, glaube ich, auch noch anders miteinander um. Aber dort, wo es

---

12 | Viktor Kleiner (1902–1987), beruflich als Kammeramtsdirektor der Oberösterreichischen Arbeiterkammer tätig, gehörte als Mandatar der SPÖ von 1949 bis 1962 dem Gemeinderat der Stadt Linz und von 1962 bis 1970 dem Nationalrat an.

13 | Im Bundesrat sind die Länder im Verhältnis der jeweiligen Bürgerzahl im Land vertreten. Das Land mit der größten Bürgerzahl entsendet zwölf, jedes andere Land eine dem Verhältnis seiner Bürgerzahl dazu entsprechende Zahl von Mitgliedern; jedes Land entsendet jedoch zumindest drei Mitglieder. Die Zahl der nach diesen Grundsätzen von jedem Land zu entsendenden Mitglieder wird vom Bundespräsidenten nach jeder allgemeinen Volkszählung festgesetzt. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Bundesrates kann sich daher nach jeder allgemeinen Volkszählung ändern.

14 | Gemäß Art. 101 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes werden die Landesregierungen von den Landtagen gewählt. Die näheren Regelungen beinhaltet die jeweilige Landesverfassung. Während ursprünglich alle Landesverfassungen eine Konzentrations- oder Proporzregierung vorgesehen haben, in welcher alle ausreichend stark im Landtag vertretenen Parteien gemäß ihrer Mandatsstärke vertreten waren, ist dieses Proporzsystem in Vorarlberg schon 1923, in Tirol und Salzburg 1999, im Burgenland 2014, in der Steiermark 2015 und in Kärnten 2017 abgeschafft worden. In Niederösterreich, Oberösterreich und Wien besteht es weiter, in der Wiener Stadt- und Landesregierung wird allerdings zwischen amtsführenden und nicht amtsführenden Stadträten unterschieden; die Letzteren erhalten kein exekutives Ressort.



eben keine Konzentrationsregierungen mehr gibt, sondern wirkliche Koalitionsbildungen, da wird der Ton dann rauer. Wobei gegen einen rauen Ton, wenn er nicht die guten Sitten verletzt, ja auch nichts einzuwenden ist, wenn es eben Kanten gibt, wo man die andere Position dann wirklich erkennen kann.

**Interviewer:** Sie haben ja viele Jahre als Vizepräsidentin und Präsidentin des Bundesrates die Plenarsitzungen zu leiten gehabt. Wo haben Sie da die Herausforderungen gesehen? War das, manchmal einen rauen Ton einzudämmen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Sehr selten. Allerdings war ich einmal gezwungen, einen rauen Ton von der Regierungsbank her einzudämmen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe da sogar mit mir gekämpft, ob, wenn ich noch einmal etwas sagen muss, ich dem Herrn, der damals Staatssekretär war, nicht sage, dass er den Raum zu verlassen hat, weil er einfach eine Sprache gesprochen hat, die ich nicht dulden wollte, die herabwürdigend war, es war ein Ton, der mir einfach missfallen hat.

Es war sehr, sehr selten, dass man sagen musste: „Bitte, bedenken Sie Ihre Worte!“ oder so. Ich glaube schon, dass ich Ordnungsrufe erteilt habe, weil die Kollegin Mühlwerth<sup>15</sup> bei der Verabschiedung von mir gesagt hat, sie haben sich immer schlecht behandelt gefühlt von mir. (Heiterkeit.)

Aber nein, im Gegenteil: Ich habe immer das Gefühl gehabt, dass der Ton ein guter ist.

**Interviewer:** Als Vizepräsidentin und Präsidentin haben Sie sich in der Vorsitzführung auf das Croquis stützen können, das von der Parlamentsdirektion vorbereitet worden ist. Welche Unterstützung haben Sie da erhalten? Wie haben Sie diese Unterstützung erlebt?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Die war wirklich auch für Leute, die das erste Mal oben sitzen. Man hat halt nicht lesen dürfen: „Geschicht.“ Aber ansonsten war es wirklich

---

15 | Monika Mühlwerth (\*1954) gehörte als Mandatarin der FPÖ erstmals von 1996 bis 2001 dem Bundesrat an und fungierte von 2001 bis 2006 als Vizepräsidentin des Stadtschulrates für Wien. Von 2006 bis 2020 war sie neuerlich Mitglied des Bundesrates und dort ab 2009 Vorsitzende der Bundesratsfraktion der FPÖ.

so vorbereitet, dass man sich darauf verlassen konnte. Ich habe allerdings ... ich weiß noch, das war eine Angewohnheit, die mir die Frau Bundesminister Firnberg<sup>16</sup> eben anerzogen hat, also ich bin nicht auf das Präsidium gegangen, ohne das Croquis<sup>17</sup> vorher angeschaut zu haben. Aber es ist in „Blindenschrift“ geschrieben (Heiterkeit), es kann eigentlich nichts passieren, und vor allen Dingen: Vieles ist ja unglaublich ... man ist dann irgendwann ... dass man so einen halben Blick hinwirft, oder man könnte um zwei in der Nacht aufgeweckt werden, und man sagt genau das Sprüchlerl, das man zur Abstimmung zu sagen hat. (Heiterkeit.)

Nein, also die Zuarbeit von Seiten der Beamten des Hauses: Hut ab!, ja.

**Interviewer:** Während Sie als Vizepräsidentin vor allem die Aufgabe der Sitzungsleitung hatten, haben Sie als Präsidentin – und Sie haben diese Funktion ja viermal ausgeübt – die Gesamtverantwortung für den Bundesrat getragen. Welche Herausforderung, welche Aufgaben waren damit verbunden?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Auch nicht wirklich so, dass es einen belastet hätte, weil die Bundesratskanzlei durchaus effizient gearbeitet hat. Und das war dann schon eher im Bereich, der Spaß macht, wie wir den Sitzungssaal neu möbliert haben und die Amtsräume neu möbliert haben, das hat mir unglaublich Freude gemacht. Aber ich hätte auch sagen können: „Mocht’s des!“ Da habe ich mich einfach hineingemischt, weil es mir Spaß gemacht hat. Aber man konnte wirklich, auch wenn es geheißen hat: „Was machen wir zur ...“ Wenn man einen Wunsch gehabt hat, war es

---

16 | Hertha Firnberg (1909–1994) gehörte von 1959 bis 1963 dem Bundesrat und danach bis 1983 dem Nationalrat an. In der Zeit von 1966 bis 1981 war sie Vorsitzende des Bundes-Frauenkomitees der SPÖ. Als Sozialforscherin befasste sie sich insbesondere mit Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Bundeskanzler Bruno Kreisky berief sie 1970 in sein erstes Kabinett mit dem Auftrag, ein neues Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung einzurichten. Das Amt der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung übte sie bis zum Ende der „Ära Kreisky“ im Jahr 1983 aus; in ihre Amtszeit fiel unter anderem die große Universitätsreform 1975.

17 | Als „Croquis“ (frz. für Skizze) wird im österreichischen Parlament ein von der Parlamentsdirektion vorbereiteter und dem vorsitzführenden Präsidenten vorliegender Leitfaden bezeichnet, anhand dessen die parlamentarischen Verhandlungen und Abstimmungen korrekt geleitet werden können.

gut, wenn man keinen gehabt hat, ist auch alles wunderbar vorbereitet worden. Und was die nämlich jetzt wirklich Verwaltung betrifft, dass der Bundesratsvorraum und der Bundesratssitzungssaal immer sauber waren ... also es ist ja nicht unbedingt so, dass der Präsident dann schaut, ob er abg'staubt ist. (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Sie haben als Präsidentin den Bundesrat natürlich auch nach außen zu repräsentieren gehabt, und „außen“ bezieht im besonderen Maße auch den Bereich ein, den man die parlamentarische Außenpolitik nennen könnte, in dem Sie ja sehr viele Initiativen gesetzt und sich sehr engagiert haben. Wie haben Sie diesen Bereich erlebt?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Das war zuerst auch ... Also ich habe das unheimlich gerne gemacht und habe dann schon auch ein bisschen Erziehungsarbeit geleistet, denn als ich den ersten Besuch empfangen habe, da habe ich mir gedacht: Und wie komme ich jetzt zu irgendwelchen Unterlagen, was mache ich jetzt mit dem? Schambeck und Strutzenberger waren zwar der Meinung, sie wissen eh, was mit dem geschieht und es genügt, wenn ich den freundlich begrüße, aber ich bin halt dann einmal ins „Munzinger-Archiv“<sup>18</sup> hinein, und dann habe ich so irgendwie aus der Zeit im Ministerium gewusst ... ja bitte, wir haben uns doch vom Außenministerium Länderberichte geholt. Da habe ich gesagt: „Ja bitte, ich hätte gern einen Länderbericht.“ „Sie brauchen einen Länderbericht?“ „Ja, ich brauche den Länderbericht.“ Es waren halt auch die Beamten des Internationalen Diensts – das ist kein Vorwurf – einfach gewöhnt, dass man zwar ganz hübsche Reisen macht, aber der jeweilige Abgeordnete ist eh schön ruhig. (Heiterkeit.)

Und ich habe halt den bösen Ausspruch gehabt, dass ich immer gesagt habe: „So, und was tun wir jetzt für unsere Gage?“, und habe mir zum Thema – wenn es Konferenzen waren – immer eine Wortmeldung vorbereitet, und lustigerweise habe ich als Präsidentin sehr wenig Auslandsreisen gemacht, also schon zu Konferenzen und so, aber dort, wo Bundesratsdelegationen hingefahren sind, war ich meistens als Vize-

---

18 | Das „Munzinger-Archiv“ ist ein 1913 gegründeter Archivdienst, der insbesondere biographische Informationen anbietet. Die ursprüngliche Loseblattform ist mittlerweile durch Online-Angebote ergänzt worden.



präsidentin mit und nicht als ... Und da habe ich mich natürlich auch vorbereitet über die Länderberichte, Briefings der Botschaften, dass man eben dann, wenn es Diskussionen mit den Abgeordneten gegeben hat, auch einspringen kann.

**Interviewer:** Wie haben Sie die Funktion dieser Konferenzen und des Delegationsaustausches erlebt? Konnte man da inhaltliche Ziele verwirklichen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich habe es als sehr wichtig empfunden, weil man eben doch erfährt, wie es woanders läuft. Unsere Welt ist so klein geworden, dass es einfach gut ist, wenn ich weiß, wie das schwedische Parlament funktioniert, nur um jetzt ein Beispiel zu sagen, oder auch ein afrikanisches, nicht? Haben die das englische System<sup>19</sup> oder ..., nicht? Das halte ich für sehr, sehr wichtig, und darum war ich den Kollegen im Bundesratspräsidium immer sehr, sehr dankbar, dass sich herauskristallisiert hat, Jürgen Weiss macht die unmittelbaren Nachbarländer plus Landtagspräsidentenkonferenzen, und ich mache die internationalen, und dadurch war eine Kontinuität gegeben. Man hat schon ganz genau gewusst, was ist vom polnischen Sejm zu erwarten, was ist vom belgischen Senat zu erwarten, die haben gewusst, was kommt von Österreich – da kommt die Haselbach.

Das war sicherlich eine sehr, sehr gute Zeit, die, fürchte ich, im Bundesrat vorbei ist, diese Präsidentenkonferenzen sind wichtig. Natürlich ist es auch etwas sehr Schönes, weil einem natürlich im Gastgeberland Türen von Museen oder sonst etwas aufgehen, die einem sonst nie aufgehen. Es wäre vermessen, wenn man sagt: „Es war nur Arbeit.“ Nein, es ist schon auch sehr schön. Aber wenn der Bundesratspräsident da völlig neu hinkommt, der sitzt entweder mit einer Rede, die ihm ein Beamter geschrieben hat, dort, oder er gibt halt nichts von sich, und das ist traurig, nicht?

---

19 | Unter den parlamentarischen Systemen wird zwischen jenen unterschieden, die dem englischen oder Westminister-System angehören, und jenen, die auf eine kontinentaleuropäische Systemtradition zurückgehen. Typisch für das Westminister-System ist beispielsweise die bikamale Struktur des Parlaments, die Regel, dass die Mitglieder der Regierung dem Parlament angehören müssen, und das einfache Mehrheitswahlssystem. Das Westminster-System findet sich heute in den meisten Staaten des Commonwealth.



Portrait von Anna Elisabeth Haselbach (2007)



Portrait von Anna Elisabeth Haselbach (2004)

16. Bundesversammlung aus Anlass der Angelobung des neu gewählten Bundespräsidenten Heinz Fischer unter dem Vorsitz von Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach im Juli 2004, (li.) Nationalratspräsident Andreas Khol, (re.) Zweite Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, vorne (v. li.) Minister Hubert Gorbach, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Ministerin Elisabeth Gehr, Minister Karl-Heinz Grassler und Minister Ernst Strasser



**Interviewer:** Zwar schon ins Ende Ihrer Funktionsperiode gefallen, aber doch vorher schon lang diskutiert worden, ist die Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Willensbildung. Der Bundesrat nimmt im Vergleich zu anderen zweiten Kammern hier eine sehr aktive Rolle ein. Wie haben Sie die Genese dieser Einbindung der nationalen Parlamente in die europäische Willensbildung erlebt?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich habe wirklich das Gefühl gehabt, dass der Bundesrat – und zwar wirklich auch die, sage ich jetzt, „einfachen“ Mitglieder, die also nicht in einer Fraktionsfunktion oder sonst etwas waren – schon großen Anteil genommen hat an diesem Weg in die EU, und dann schon drinnen sein, aber natürlich auch noch einen Weg finden müssen, dass das schon mit großem Interesse verfolgt wurde, aber natürlich besonders von Konečný herausgearbeitet wurde. Dann waren ja die ersten beiden Jahre unserer Mitgliedschaft Delegierte des Parlaments [Nationalrates] und des Bundesrates Mitglieder im Europäischen Parlament<sup>20</sup>, und die haben das natürlich dann wieder ins eigene Haus zurückgebracht, indem sie berichtet haben, was dort läuft. Es war natürlich in unterschiedlicher Stärke, was alles berichtet wurde, aber es war Information da, und es war der Wille da – da wollen wir zumindest Bescheid wissen, wenn wir schon nicht kurzfristig beeinflussen können.

Aber diese Punkte, die da in die Verfassung aufgenommen wurden mit der Informationspflicht<sup>21</sup>, das war schon etwas Besonderes. Und man muss es halt auch nutzen. Und es ist sicherlich mit den heutigen elektronischen Mitteln, die jeder zur Verfügung hat, besser nutzbar als damals, als es in die Verfassung reingekommen ist.

---

20 | Solange nach dem Beitritt Österreichs zur EU die Vertreter Österreichs im Europäischen Parlament nicht aufgrund einer allgemeinen Wahl gewählt waren, wurden sie gemäß Art. 151 Abs. 11 Z. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom Nationalrat aus dem Kreis der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates entsandt. Die erste Direktwahl der von Österreich entsandten Mitglieder des Europäischen Parlaments fand am 13. Oktober 1996 statt.

21 | Art. 23a-23f B-VG wurden durch die Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1994, BGBl. Nr. 1013, in das Bundes-Verfassungsgesetz eingefügt; durch die Lissabon-Begleitnovelle, BGBl. I Nr. 57/2010, wurden Art. 23c-23f B-VG geändert und Art. 23g-23k B-VG ergänzt. Art. 23e B-VG sieht eine umfassende Informationspflicht des zuständigen Bundesministers gegenüber dem Nationalrat und dem Bundesrat über alle Vorhaben im Rahmen der EU vor.

**Interviewer:** Mit dem EU-Begleit-BVG ist dem nationalen Parlament ein Mitspracherecht an der nationalen Willensbildung zu EU-Vorhaben eingeräumt worden. Im Nationalrat ist dieses Recht im ersten Jahr, 1995, sehr intensiv wahrgenommen worden, und dann war die Nutzung sehr stark degressiv. Wie haben Sie das aus der Sicht des Bundesrates beobachtet?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Na ja, beim Bundesrat waren es eben diese Personen, die sich besonders den Ereignissen in der EU verpflichtet gefühlt haben, und das färbt dann natürlich auf die gesamte Versammlung ab. Es war Kollege Kneifel<sup>22</sup>, der da sehr dahinter war, dass der Ausschuss auch immer wieder zusammentritt und dass es Themen für den Ausschuss gibt, also das, glaube ich ... na ja, vielleicht ist auch der Grund, dass die Bundesräte natürlich schon mehr über ihre eigene Zeit verfügen. Die Nationalräte sind viel mehr in der Ausschussarbeit, in der politischen Arbeit in ihren Bezirken, die sind da viel, viel fester drinnen und haben wahrscheinlich auch weniger Zeit, sich damit zu beschäftigen oder schieben das halt auf ein paar: na ja, das machen die. Während im Bundesrat ist die Betroffenheit, glaube ich ... der Weg ist kürzer, um betroffen zu sein.

**Interviewer:** Das Subsidiaritätsprotokoll und das Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente mit dem Mitwirkungsrecht der nationalen Parlamente an der europäischen Willensbildung fordern eine besonders starke Vernetzung zwischen den nationalen Parlamenten. Wie gesagt, zwar Ende Ihrer Funktionsperiode, aber wie konnten Sie diese Vernetzung in die Wege leiten, und wie funktioniert sie Ihrem Eindruck nach, zumindest jetzt von außen betrachtet?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Meine Hoffnung war eben, dass meine Nachfolgerin im Bundesrat, die eben auch eine Fremdsprache beherrscht hat, dass die das weiter

---

22 | Gottfried Kneifel (\*1948), beruflich als Direktor des Oberösterreichischen Wirtschaftsbundes und in weiterer Folge als Geschäftsführer des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich tätig, gehörte von 2000 bis 2016 dem Bundesrat an. Dreimal, in den Jahren 2006, 2011 und 2015, war er Präsident des Bundesrates und übte damit den turnusmäßig dem Land Oberösterreich zufallenden halbjährigen Vorsitz im Bundesrat aus. Von 2009 bis 2015 war er Vorsitzender der Bundesratsfraktion der ÖVP, von 2013 bis 2015 auch Klubobmann-Stellvertreter des Parlamentsklubs der ÖVP.



wahrnimmt, weil eine Vernetzung hört in dem Moment auf, wo ich die Akteure nicht mehr kenne. Ich habe bei vielen Konferenzen versucht, entweder die euromediterrane Zusammenarbeit ... oder die Präsidentin des belgischen Senats hat sehr viel gemacht, um Europa“rats“-Staaten, also nicht EU-Staaten, sondern Europaratsstaaten auch zu Konferenzen hereinzuholen, und da habe ich eigentlich immer versucht, auch noch Leute mitzunehmen. Ich bin aber draufgekommen, für die war das nur ein Horror, dort zu sitzen und sich etwas anzuhören, was nicht in ihrem Interessenbereich gelegen ist – leider, leider.

Ich habe zwar die Regelung, wenn sich einige Staaten zusammenfinden, dann ... aber wenn ich den Kontakt nicht habe zu den entsprechenden Parlamentspräsidenten, Senatspräsidenten, Fraktionsvorsitzenden, dann werde ich die fünf nicht zusammenbringen. Auf den verschiedensten Ebenen sich immer wieder zu treffen, das ist das Wichtige. Nicht, dass ich immer zur Euromediterranen<sup>23</sup> fahre, sondern dass ich einmal bei der Präsidentenkonferenz bin, dann bei der CEI<sup>24</sup> bin, dann bei den Nachbarstaaten bin, also dieses Vielschichtige. Und was natürlich auch immer besser wird, sind die Fremdsprachenfähigkeiten der Abgeordneten.

Ich habe eine Situation erlebt mit der holländischen Königin<sup>25</sup>. – Da war eine Präsidentenkonferenz in Den Haag, und sie hat ein Mittagessen gegeben und nach dem Mittagessen ist sie so zu den einzelnen Gruppierungen hin und hat sich in der jeweiligen Landessprache mehr oder weniger mit denen unterhalten. Und da ist also auch die Diskussion gewesen ... „na gut, ein Präsident muss eine Fremdsprache können“, hat sie gesagt, und sie hat dann so irgendwie auch gesagt: „Na, ich kann ja auch Fremdsprachen.“

---

23 | Als Euro-mediterrane Partnerschaft (EUROMED) wird der 1995 geschaffene Rahmen für die institutionalisierte Beziehung der EU zu ihren Nachbarländern im südlichen Mittelmeerraum bezeichnet. Seit 2004 besteht als permanentes parlamentarisches Kontrollgremium die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung.

24 | Die „Central European Initiative“ (CEI) ist ein Forum regionaler Kooperation in Mittel- und Osteuropa. Gegründet unter dem Namen „Quadrangone“ von vier Staaten in Budapest 1989, 1992 in CEI umbenannt, gehören der Organisation heute 18 Mitgliedstaaten an.

25 | Königin Beatrix der Niederlande (\*1938) war von 1980 bis 2013 das niederländische Staatsoberhaupt.

Und da habe ich mich dann nicht zurückhalten können und habe gesagt: „Na ja, Sie sind aber dazu erzogen worden. Zum Parlamentspräsidenten wird man nicht erzogen.“ (Heiterkeit.) Und dann hat sie gesagt: „Da haben Sie eigentlich recht.“

**Interviewer:** Obgleich Sie einer Familie entstammen, in der die Parlamentsmitgliedschaft erblich ist.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Na ja, nicht ganz. Ich habe mich durchaus gefreut, als meine Tochter auch kandidiert hat, aber die hat sich dann völlig verabschiedet.

**Interviewer:** In Ihre Funktionsperiode sind die zwei österreichischen EU-Präsidentschaften gefallen, wenn ich mich richtig erinnere. In der zweiten gab es diese große Regionalismus-Konferenz, die vom Bundesrat initiiert wurde. Konnte der Bundesrat da auf europäischer Ebene den Regionalismus vorantreiben?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Die Basis wurde gelegt, ob es dann wahrgenommen wurde ... Wissen Sie, der Bundesrat hat ein großes Manko: Er ist für viele, viele Mitglieder ein Durchhaus. Da wird eine Sache sehr wohl wahrgenommen, mit dem Nachfolger: aus, vorbei. Das ist schade.

**Interviewer:** Was Sie hier beschreiben – der „Durchhauscharakter“ – wird ja in der Politikwissenschaft häufig auch durchaus positiv gesehen. Sie haben zuvor das Wort der „Gehschule“ verwendet. Dem Bundesrat wird oft diese Funktion zugeschrieben, in der Sozialisation von Mitgliedern der – ich sage das jetzt ganz wertfrei – politischen Elite oder parlamentarischen Elite eine wichtige Rolle zu spielen. Wie würden Sie neben dieser überhaupt die Funktion des Bundesrates beschreiben?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich meine, geschrieben ist sie ja, die Funktion. Was daraus gemacht wird, hängt von den handelnden Personen ab. Da hat es handelnde Personen à la Herbert Schambeck, à la Jürgen Weiss gegeben, die auch wirklich imstande waren, etwas dann geschäftsordnungsmäßig oder gesetzmäßig, verfassungsmäßig, unterzubringen. Das ist dann eine Erweiterung der Möglichkeiten. Aber das

reale Leben ist nicht ganz das, was möglich wäre. Ich habe mich sehr oft mit der verfassungsmäßigen Rolle des Bundesrates beschäftigt, auch auf Englisch, wenn ich jemandem den Bundesrat verkauft habe ... Aber die Realität ist dann eine andere.

**Interviewer:** Wenn Sie ein junger Mensch zum Beispiel in der Demokratiewerkstatt fragt: „Was ist die Aufgabe des Bundesrates?“ Was würden Sie ihm sagen?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Na ja, dann erzähle ich das, was in der Verfassung steht. Ich weiß nicht, ob Sie das jetzt wirklich auch aufgenommen haben wollen. Aber ich habe einmal – da war ich junge Bundesrätin – ein Erlebnis beim Frisör gehabt. Ich hänge in der Kopfwaschschüssel drinnen, und das Lehrmädchen fragt mich: „Gibt's des, dass ich a Plakat von Ihna g'sehn hab'?" (Heiterkeit.) „Ja, weil wir machen da Sprechstunden und so.“ „Ah jo, wos mochen S' denn da?“

Ich habe da geschildert und war der Meinung: Die muss jetzt wissen, wenn es den Bundesrat und mich nicht gibt, bricht diese Republik z'samm. Die wutzelt da weiter an mir herum, und dann sagt sie: „Und was G'scheits arbeiten S' net?“ (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Voce di popolo, voce di verità!

**Anna Elisabeth Haselbach:** Da kommt man dann immer so einen Bogen runter. Ich meine, ich habe ihr dann halt erklärt, was denn Politik auch für ihr Leben alles bedeutet, aber die war hauptsächlich damit beschäftigt: „Und wos mocht die jetzt wirklich?“

**Interviewer:** Sie haben gerade einige wichtige Persönlichkeiten genannt, die Sie in der Zeit der Mitgliedschaft im Bundesrat erlebt haben und die den Bundesrat geprägt haben. Wenn Sie die Persönlichkeiten, die in diesen 20 Jahren eindrucksvoll, prägend gewirkt haben, so Revue passieren lassen, wen würden Sie nennen, und was fällt Ihnen zu diesen Persönlichkeiten ein?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Meinen Sie jetzt wirklich nur die, die ich im Bundesrat selbst erlebt habe oder die, die ...

**Interviewer:** Ich meine durchaus die, die Sie in Ihrer politischen Erfahrungswelt erlebt haben.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich habe natürlich viele gekannt, die zuerst einmal im Bundesrat waren, wie zum Beispiel Hertha Firnberg oder Anni Demuth<sup>26</sup> war im Bundesrat, viele, viele ... Erika Seda<sup>27</sup>, die doch sicherlich im Bereich der Familiengesetzgebung fest mitgewirkt hat, war in der „Gehschule“ Bundesrat. Nein, nein, der Bundesrat hat immer wieder wirkliche Persönlichkeiten hervorgebracht, und das Glück des Bundesrates war aber auch, dass eben Persönlichkeiten wie ein Jürgen Weiss dem Bundesrat treu geblieben sind.

Das habe ich auch vorhin schon gesagt: Ein Manko des Bundesrates ist natürlich diese Durchhausfunktion für viele. Und ich erinnere mich noch, weil Sie erzählt haben, dass Sie Trixi Eypeltauer<sup>28</sup> da gehabt haben, ihr Vater war ja lange im Nationalrat, Bürgermeister Ernst Koref<sup>29</sup> – berühmter Bürgermeister in Linz –, der, als er aus dem Nationalrat raus ist, noch in den Bundesrat gegangen ist mit der Vorstellung: Es muss doch möglich sein, aus dem Bundesrat so eine Versammlung der Weisen zu machen. – Ich glaube, er war sehr enttäuscht.

**Interviewer:** Er hat sich in seinen Erinnerungen sehr negativ über den Bundesrat geäußert.

---

26 | Anna Demuth (1921–2020), Landesfrauensekretärin der SPÖ Niederösterreich und dann von 1971 bis 1982 Bundesfrauensekretärin der SPÖ, gehörte von 1969 bis 1982 – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1975 – dem Bundesrat an, als dessen stellvertretende Vorsitzende sie 1982 fungierte.

27 | Erika Seda (1923–2020), gelernte Juristin, aber beruflich als Hausfrau tätig, gehörte als Mandatarin der SPÖ von 1969 bis 1971 dem Bundesrat und von 1971 bis 1980 dem Nationalrat an.

28 | Beatrix Eypeltauer (1929–2023), als Juristin im oberösterreichischen Landesdienst tätig, gehörte für die SPÖ von 1975 bis 1983 dem Nationalrat an. Von 1979 bis 1987 war sie Staatssekretärin im Bundesministerium für Bauten und Technik.

29 | Ernst Koref (1891–1988), Germanist und Anglist, beruflich als Lehrer, im Oberösterreichischen Landesschulrat sowie als Landesschulinspektor tätig, 1934 und 1944 wegen seiner sozialdemokratischen politischen Tätigkeit in Haft, war von 1945 bis 1962 Bürgermeister von Linz. Von 1945 bis 1957 war er Landesparteivorsitzender der SPÖ Oberösterreich. Von 1930 bis 1934 sowie von 1945 bis 1958 gehörte er dem Nationalrat, von 1958 bis 1965 dem Bundesrat an.



**Anna Elisabeth Haselbach:** Und ich weiß auch nicht, ob das eine gute Sache für den Bundesrat gewesen wäre, einfach der Weisenrat zu sein. Das wäre mir zu wenig. So locker ist ja unsere Bundesverfassung nicht zustande gekommen, sodass man eben gesagt hat, man will auf der Bundesgesetzgebungsebene doch auch noch einen Einfluss der Länder haben. Das ist denen ja nicht so eingefallen, sondern da ist ja hart gerungen worden zwischen den Zentralisten und den Föderalisten. Und daher glaube ich, wäre es auch nicht gut gewesen, wenn das einfach so ein Weisenrat geworden wäre.

**Interviewer:** Jetzt haben Sie schon das Thema Väter angesprochen, auch Ihr Vater war lange Zeit im Nationalrat, und das gibt Ihnen die Möglichkeit, in Ihrer Erinnerung auf die Erinnerungen, die Ihnen Ihr Vater weitergegeben hat, eine ganze Generation in der Entwicklung des österreichischen Parlamentarismus zurückzugreifen. Können Sie uns aus diesen Erinnerungen etwas über die Entwicklung des Parlamentarismus in diesem doch langen Zeitraum vermitteln?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Es war sicher so, dass in der Zeit, wo mein Vater im Haus war, sehr viel an Demokratie weitergegangen ist. Es ist die Fragestunde<sup>30</sup> gekommen, die Dringliche Anfrage, da hat die Regierung wirklich noch gezittert vor einer Dringlichen. Es waren schon die Verhandlungen über – damals hat man noch Ombudsmann gesagt – die Volksanwaltschaft<sup>31</sup>. Da hat sich schon enorm etwas getan. Es war eben nicht nur ein ritualisiertes Sein im Nationalrat, sondern da ist auch schon sehr viel Initiative gekommen. Mein Eindruck war, dass das eine Zeit war, wo der Parlamen-

---

30 | Die Fragestunde ist im Nationalrat mit der Geschäftsordnungsreform 1961 eingeführt worden. Nach dem Vorbild des britischen Parlaments, wo dieses Instrument als „question time“ bezeichnet wird, sollte damit der Parlamentarismus belebt werden. Grundsätzlich sollte am Beginn jeder Plenarsitzung eine Fragestunde stattfinden, in welcher kurze mündliche Anfragen an ein Mitglied der Bundesregierung gerichtet werden können. Da diese mündlichen Anfragen zuvor schriftlich einzureichen sind, entsteht der Effekt eines lebendigen Diskurses eher durch die anschließenden mündlichen Zusatzfragen.

31 | Das Bundesgesetz über die Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 121/1977, richtete eine aus drei Volksanwälten bestehende Institution zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung ein. Nachdem sich die Volksanwaltschaft bewährt hatte, wurde ihre Rechtsgrundlage mit BGBl. Nr. 350/1981 in die Bundesverfassung übernommen.

tarismus Selbstbewusstsein gekriegt hat. Im Moment vermisse ich das sehr. Bitte, wenn ich die Zeitung aufschlage, sage ich manchmal zu meinem Mann: „Bitte, wieso lässt sich der Nationalrat das gefallen?“

Wenn ich nur als ein Beispiel das Papier hernehme. Mein Vater hat alles aufgehoben, und er hat in den 60er Jahren ein altes Bauernhaus in Oberösterreich gekauft, und da war natürlich auch genug Platz, und da ist das ganze Parlamentszeug mal hingekommen, aber das ist ein Aktenschrank in normaler Höhe, so 60, 70 Zentimeter hoch und 2 Meter breit, würde ich sagen, wenn überhaupt, da ist alles drinnen: von den Regierungsvorlagen bis zum Bundesgesetzblatt – ein Kastl für die ganze Zeit, die er im Nationalrat war. Die haben durchaus gescheite Sachen gemacht. Es ist nicht nach drei Monaten ein Gesetz hergerichtet worden, sondern das hat gehalten – während ich im ersten Jahr schon so ein Kastl voll gehabt habe.

Man hat sich mehr Zeit genommen, nachzudenken. Man hat besser gewusst, was man dem anderen zumuten kann, nämlich auch in der Zeit ... mein Vater war ja von '66 bis '70 auch im Haus, als die ÖVP-Alleinregierung war, die haben die Regierung nicht geschont, aber es war trotzdem nie untergriffig oder ... Man hat erklärt, warum man dagegen ist, ich erinnere mich eben noch sehr gut, mit welcher Hochachtung er – obwohl er ihm das Leben nicht leicht gemacht hat – vom Justizminister<sup>32</sup> gesprochen hat, der wirklich sein gegnerisches Vis-à-vis war, aber man ist urban und anständig miteinander umgegangen. Während es heute schon Wortmeldungen von manchen Fraktionen gibt, wo man sagt ...

**Interviewer:** Wie erklären Sie sich diese Veränderung?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Die erkläre ich mir auch damit, dass sich Menschen nicht mehr in dem Maß an eine Partei binden wollen, sondern halt entscheiden, was ihnen gerade gefällt, ein nicht sehr hochqualitativer Journalismus in Österreich, und eben

---

32 | Hans Klecatsky (1920–2015), von 1965 bis 1991 als Professor für öffentliches Recht an der Universität Innsbruck tätig, übte von 1966 bis 1970 als Parteiloser das Amt des Bundesministers für Justiz aus.



Anna Elisabeth Haselbach mit Nationalratspräsidentin  
Barbara Prammer im österreichischen Parlament (2007)

durch diese spontanen Bewegungen. Also die Grünen sind für mich eine seit Langem etablierte Partei, aber die, die so wie die Schwammerl so plötzlich hochkommen und irgendwelche Dinge, von denen sie keine Ahnung haben, so locker hersagen ... und das ist dann natürlich leicht zu glauben, alles, was so locker daher gesagt ist. Und wenn ich halt wenig fundierte Argumente habe, dann neige ich dazu, aggressiv zu werden. Vielleicht ist das mit ein Grund. Wir haben natürlich jetzt im Nationalrat durch diese vielen Parteien, wo aber doch wirkliche Wanderpokale schon drinnen sind, denen es nur darauf ankommt, ihr Mandat zu retten und damit ihren sozialen Aufstieg zu retten ... das ist halt auch ein Jammer. Also die politische Kultur, wie man miteinander umgeht, hat sicher auch gelitten durch dieses: Na, heut' bin i da, morgen bin i dort.

Ich möchte nicht sagen, dass dieses starre Großparteiensystem das Gelbe vom Ei ist, nein, bei Gott nicht. Wir wissen, was sich abspielt an Kriecherei, an „Na ja, dann trete ich halt denen bei, weil ...“. Das ist ja auch eine furchtbare Entwicklung. Und dass das

weniger geworden ist, halte ich für gut, aber auf welche Art es weniger geworden ist, das ist weniger gut.

**Interviewer:** Sie haben da jetzt eine sehr grundsätzliche Analyse der österreichischen politischen Kultur vollzogen. Haben Sie einen Ansatz, wie die österreichische politische Kultur wieder verbessert werden könnte?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja, indem man dem Vis-à-vis mit mehr Respekt entgegenkommt. Das ist nicht gleich „Servas!“, sondern unter Umständen durchaus auch mit Namen, sogar mit Titel oder sonst etwas, anzusprechen, sich zu überlegen, was hat der Mensch gelernt, was kann der. Ja, Respekt – bitte, danke sagen.

**Interviewer:** Sie haben mit großem Respekt vor Ihren politischen Zeitgenossen und -genossinnen immer sehr viele, sehr unterhaltsame Geschichten und Anekdoten über Ihre politischen Erlebnisse erzählt. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie uns an einigen dieser Erlebnisse in dieser Form der Darstellung teilhaben lassen könnten.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich fange mit einer Sache an, die meinen Vater so königlich amüsiert hat. Und zwar: Es war schon relativ spät, die Sitzung hat schon lang gedauert, der Abgeordnete van Tongel<sup>33</sup> war am Rednerpult und kriegte ununterbrochen Zwischenrufe, und der van Tongel hat dann auch jähzornig sein können und hat da halt ins Plenum hineingeschrien: „Was ich hier sage, geht Sie gar nichts an!“ (Heiterkeit.) Und das ist natürlich in einem Parlament der wirklich Über-Drüber-Sager.

**Interviewer:** Das ruft ein klassisches „Ja eh!“ hervor.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Eine bezaubernde ... nämlich bezaubernd im Sinn von „was dieser Mann alles im Kopf gehabt hat und damit umgehen konnte“: Angelobung eines Bundesrates für die FPÖ aus der Steiermark. Schon einmal große Irritation, weil er in Uniform kam, was eigentlich nicht erlaubt ist. Die Präsidiale hat gemeint:

---

33 | Emil van Tongel (1902–1981), von Beruf Apotheker, war von 1959 bis 1970 Abgeordneter zum Nationalrat und dort ab 1964 Klubobmann der FPÖ.



Nicht einmal ignorieren, bevor wir uns da etwas anfangen, soll er halt. Und dieser Bundesrat hat sein Gendarmerie-Kappel auf sein Pult gelegt, und als er dann die Angelobung überstanden gehabt hat, ist er mit seinen Kumpeln halt, was weiß ich, in die Cafeteria oder sonst wohin, es lag also nur mehr die Kappe da.

Schambeck war der nächste Redner. Der hat eine halbe Stunde, eine gute halbe Stunde, zu dem „Gesslerhut“<sup>34</sup> gesprochen. Es war so umwerfend g'scheit. Das sind einfach Sternstunden, wo man eine Freude hat, dass man da dabei war. Es hat vielleicht nicht jeder so komisch gefunden wie ich, aber ich war begeistert.

[...]

Nette Dinge habe ich erlebt, wenn ich Jugendgruppen im Bundesrat empfangen habe, mit denen habe ich mich immer ausführlich unterhalten. Und das war schon interessant, immer sofort herauszuhören, was haben die Lehrer mit ihnen vorher gemacht, oder welche Fragen haben sie zu Hause schon gehört. Es ist zum Beispiel immer wieder die Frage gekommen: „Was verdienen Sie?“ (Heiterkeit.)

Aber es hat schon lustige Sachen auch gegeben. Da war einer, der ist dort hinten in der letzten Reihe gelümmelt, und ich habe dann gesagt: „Und dir ist alles klar?“ „Na.“ (Heiterkeit.) Und dann sagt er: „Warum ist des Ladel zuag'sperrt?“ Wirklich, so hat er gesprochen.

Und ich habe mir gedacht: Das ist jetzt die Chance. Ich sage ihm, dass da Stimmzettel für Wahlen drinnen sind, also, wo man die Stimme abzugeben hat, und habe dann

---

34 | Das Bild des „Gesslerhutes“ geht auf Schillers „Wilhelm Tell“ zurück: Der habsburgische Landvogt Gessler, eine Figur zwischen Geschichte und Legende, verlangt in Altdorf im Kanton Uri von Passanten, seinen öffentlich ausgestellten Hut zu grüßen, der somit zum Herrschaftssymbol bzw. in Schillers Darstellung zum Symbol ungerechter Zwangsherrschaft wird.

vom 33er Jahr erzählt, als der Pallawatsch war mit den Stimmzetteln<sup>35</sup>. Also da haben wirklich alle zugehört. Und ich habe dann auch dazu gesagt: „Und darum ist zugesperrt, nicht, dass du da eines nimmst und womöglich ein Manderl draufmalst.“ Das habe ich dann schon auch gesagt.

Und bevor sie zugesperrt waren, ganz am Anfang haben wir sie ja nicht zugesperrt, habe ich in meiner Lade immer Hustenzuckerl drinnen gehabt. Ich mache die Lade auf, um ein Hustenzuckerl rauszunehmen, sind die Zuckerl weg, aber ein Schilling drinnen. (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Immerhin!

**Anna Elisabeth Haselbach:** Und ein Kind, das ist einmal schnurgrad aufs Präsidium hinauf und hat dort sehr wichtig in die Gegend geschaut, aber nichts gesagt. Ich bin unten gestanden und habe dann so raufgeschaut und habe gesagt: „Na ja, und, Herr Präsident, du hast keine Frage?“ „Na schon.“ Und ich sage: „Ja, bitte.“ Sagt er zu mir: „Was mochtest denn, wenn einer deppert red't?“ (Heiterkeit.)

Und zum Entsetzen der Lehrerin habe ich gesagt: „Na ja, das kann ich dir gar nicht so einfach beantworten, weil jetzt muss ich einmal wissen, was ist für dich deppert? Wenn er nur eine andere Meinung sagt, als du hast, oder wenn er wirklich etwas Deppertes sagt? – Du, das gib't's!“, hab' ich gesagt. Und da ist die Lehrerin wieder eingegangen. (Heiterkeit.)

---

35 | In der Sitzung des Nationalrates am 4. März 1933 kam es bei einer knappen namentlichen Abstimmung zu einer Verwechslung von Stimmzetteln: offenkundig gab der sozialdemokratische Abgeordnete Scheibin einen Stimmzettel seines Sitznachbarn Abram ab, sodass zwei Stimmen dieses Abgeordneten aufschienen. Nach heftigen Auseinandersetzungen über die Gültigkeit des vom Präsidenten des Nationalrates Karl Renner enunzierten Ergebnisses dieser Abstimmung trat Präsident Renner von diesem Amt zurück, in weiterer Folge erklärten auch der Zweite Präsident Ramek und der Dritte Präsident Straffner ihren Rücktritt vom Präsidentenamt, sodass kein Mitglied des Präsidiums des Nationalrates mehr im Amt war. Für eine solche Situation war in der Geschäftsordnung des Nationalrates keine Vorsorge getroffen, und Bundeskanzler Engelbert Dollfuss nutzte die Gelegenheit, um zu erklären, der Nationalrat habe sich selbst ausgeschaltet, und in weiterer Folge eine Regierungsdiktatur zu errichten.

Er hat das dann aber präzisiert, gemeint hat er: „Wenn eine andere Meinung ist als seine eigene.“ Wahrscheinlich hat er halt einmal Fernsehnachrichten oder sonst etwas ... und im Elternhaus gehört: „Horch dir den Depperten an.“

Das war wirklich interessant, mit den Jungen so zu reden. Der hat sich dann wirklich geplagt: Was versteht er unter „deppert reden“? Und dann habe ich ihm halt gesagt: „Du, wenn es sich um eine andere Meinung handelt, dann habe ich die zur Kenntnis zu nehmen. Wenn er etwas anderes sagt, einen anderen beleidigt oder sonst etwas, dann muss ich reinfahren und sagen, dass er das nicht darf.“

Also ich war manchmal bis zu zwei Stunden mit den Jungen im Sitzungssaal – zum Entsetzen der Lehrer, weil die wollten einfach nur so durch. (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Eine Geschichte, die mich sehr berührt hat, vielleicht wollen Sie es noch einmal erzählen, war die Geschichte, als Sie Schewach Weiss in Oberösterreich zu Gast hatten.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja, das war eine unglaublich berührende Sache, das Ganze endet aber natürlich auch in einer komischen Situation.

**Interviewer:** Ich weiß.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Präsident Fischer<sup>36</sup> hat mich gebeten, den Speaker, also den Präsidenten der Knesset<sup>37</sup>, nach Mauthausen zu begleiten, und dann hat sich

---

36 | Heinz Fischer (\*1938) trat 1962 als Jurist in den Dienst des SPÖ-Parlamentsklubs und war von 1964 bis 1975 Klubsekretär. Von 1971 bis 1983 und von 1987 bis 2004 gehörte er als Abgeordneter dem Nationalrat an. Von 1975 bis 1983 war er geschäftsführender Klubobmann, von 1987 bis 1990 Klubobmann des SPÖ-Parlamentsklubs. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung. Von 1990 bis 2002 war er Präsident, von 2002 bis 2004 Zweiter Präsident des Nationalrates. 2004 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt, und er bekleidete dieses Amt nach seiner Wiederwahl im Jahr 2010 bis 2016.

37 | Schewach Weiss (1935–2023), der die Shoah in Polen untergetaucht überlebt hatte und 1947 nach Palästina emigriert war, gehörte von 1981 bis 1999 der Knesset, dem israelischen Parlament, an und war von 1992 bis 1996 deren Präsident.

herausgestellt, es ist nicht nur Mauthausen, sondern es ist ein Mittagessen, ein offizielles, in Linz, und dann geht es erst wieder zurück. Mauthausen ist natürlich bedrückend, da braucht man gar nicht darüber zu reden. Und er war sehr, sehr ergriffen, aber das war eigentlich kein Problem. Er hat natürlich von Heinz Fischer gewusst, wen er mithat, um das jetzt einmal klarzustellen.

Und dann sind wir nach Linz gefahren, und ich habe ihm, glaube ich, im Auto noch, gesagt: „Ich bin in Linz aufgewachsen.“ Und er erzählt mir, ja, er war in einem Hagana-Lager, die Hagana war eine Organisation, die auch zur Befreiung Israels beigetragen hat, und nach seiner KZ-Haft ist er eben in dieses Lager, um ins damalige Palästina zu kommen. Und ich sage: „Jaja, das war am Bindermichl<sup>38</sup>, ich weiß, wo das war. Meine Mutti hat manchmal etwas hingebacht.“ Ja, er will dort hin. Und ich sage: „Das macht keinen Sinn.“ Ich weiß ungefähr, wo das war, dort ist eine riesige Neubautätigkeit gewesen, wer weiß, ob es die Straßen überhaupt noch gibt. Aber ja, schauen wir.

Also, ich war felsenfest davon überzeugt, wir kurven dort ein bisschen rum, und sehen, es sind dort alles Neubauten: ab nach Wien! Also wir fahren dort um zwei, drei Ecken und sind vor einer leeren Wiese, wo dieses Lager war. Ich habe das, obwohl ich damals ein Kind war, sofort erkannt. Wir steigen aus, er geht dorthin, er war völlig entrückt, er hat einen Gesichtsausdruck gehabt, der komplett anders war. Er ist da auf diese Wiese ... er ist hin und her und stehengeblieben, und ich habe mich einfach nicht getraut, irgendetwas zu sagen, weil für mich war das so klar, der ist jetzt in einer anderen Welt – 40 Jahre vorher.

Und dann ist er doch gekommen, ich habe auf die Uhr geschaut und habe gewusst, wir müssen ihn aufgrund der jüdischen religiösen Regelungen – es war ein Freitag – vor Sonnenuntergang im Hotel Sacher abgeben. Und das werden Sie, nachdem Sie ja auch einmal mit mir gefahren sind, besonders verstehen, wir haben vielleicht noch eineinviertel Stunden Zeit gehabt bis zum Sonnenuntergang. Wir sind mit zirka

---

38 | Als „Bindermichl“ wird ein Stadtteil von Linz bezeichnet, in welchem während der NS-Zeit eine Großsiedlung für die Arbeiter der „Hermann-Göring-Werke“ (der späteren VOEST) errichtet wurde. Ab Oktober 1945 bestand dort ein Lager für jüdische Flüchtlinge, sogenannte „displaced persons“, die von dort aus zumeist die Weiterreise insbesondere in die USA, nach Kanada oder nach Israel antraten.



200 Stundenkilometer über die Westautobahn gedonnert. Der Polizeiwagen, der Botschaftswagen, meiner, wo ich den ... na, er war beim Botschafter, ich war mit dem Herrn Mroz<sup>39</sup> allein im Wagen. Und dann hat es noch Idioten gegeben, die sich da in diese Kolonne hineinschieben wollten. Und der Mroz und ich sind dann ... wie wir durch Auhof durch waren, habe ich gesagt: „Wir fahren über den Schottenhof, wir fahren zu mir nach Hause, ich halte das nicht mehr aus.“ (Heiterkeit.) Und die waren pünktlich beim Hotel.

Und jetzt kommt der komische Teil des Ganzen. Ich habe mir gedacht, diese Höllenfahrt ...! Wenn sich da noch irgendein Trottel hineinschiebt, und wir müssen bremsen, dann passiert ein Malheur, das nicht zu vertreten ist. Ich bin also zum Fischer und hab' ihm gesagt: „Bitte, wie schaut das alles versicherungsmäßig aus und so weiter.“ Ich weiß, es steht in dem Bundesgesetzblatt, und das habe ich ihm auch gleich mitgebracht: „Der Vizepräsident des Bundesrates“ – und ich war damals eben gerade Vizepräsidentin – „kann über Auftrag des Bundesratspräsidenten in der Bundeshauptstadt mit dem Dienstwagen unterwegs sein.“<sup>40</sup> Und da habe ich gesagt: „Bitte, das ist unmöglich. Der Schambeck fährt von Friedhof zu Friedhof über ganz Österreich verteilt, ich mache diesen Horrortrip, wenn da irgendetwas passiert, wie machen wir das? So kann doch das nicht sein.“ „Zeig her!“ Ich gebe ihm das Bundesgesetzblatt, er liest und dann sagt er: „Welcher Trottel hat das beschlossen?“ (Heiterkeit.) Und dann habe ich gesagt: „Bitte, Herr Präsident des Nationalrates, frag' mich nicht, wer so etwas beschließt.“ (Heiterkeit.)

Ich weiß ungefähr, wie das entstanden ist. Czerny<sup>41</sup> hat den Schambeck nicht wirk-

---

39 | Erich Mroz (\*1951), von 1981 bis 2011 in der Parlamentsdirektion tätig, war im Bundesratsdienst u.a. als Fahrer im Einsatz.

40 | § 17 Abs. 2 des Bezügegesetzes, BGBl. Nr. 273/1972, idF BGBl. Nr. 545/1980.

41 | Wilhelm F. Czerny (1924–1989), gelernter Historiker, war in der Parlamentsdirektion seit 1948, zunächst als Archivar, dann als Referent tätig und wurde 1971 zum Parlamentsvizedirektor, 1973 zum Parlamentsdirektor ernannt. In dieser Funktion erneuerte er den Verwaltungsapparat des Parlaments, führte u.a. eine strukturierte Geschäftseinteilung ein und schuf einen Parlamentarisch-Wissenschaftlichen Dienst. Neben seiner Arbeit als Parlamentsbeamter war er mit Publikationen und Vorträgen an der Begründung der Politikwissenschaft als wissenschaftliches Fach in Österreich beteiligt und lehrte ab 1982 als Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Wien.



Anna Elisabeth Haselbach mit Hannah Lessing,  
Generalsekretärin des Nationalfonds (2009)



Bundesratspräsidentin Ana Blatnik  
mit Anna Elisabeth Haselbach (2014)



Anna Elisabeth Haselbach mit Nationalrats-  
präsidentin Barbara Prammer (2014)



Anna Elisabeth Haselbach mit Nationalratspräsidentin Doris Bures (2017)

lich heiß geliebt, der hat ihm da wirklich ein faules Ei gelegt. (Heiterkeit.) Ich weiß schon, dass die Republik keine Versicherung abschließt, aber ich habe es wirklich von den möglichen Folgen für einen absoluten Wahnsinn gehalten. Denn wer bleibt dann letztendlich übrig, wenn im Gesetz steht: „im Auftrag des Präsidenten in der Bundeshauptstadt“, und dann passiert bei Amstetten etwas. Aber ich glaube, es ist bis heute nicht bereinigt. (Heiterkeit.)

Und sehr, sehr gerne hätte ich noch erlebt – aber das war unmöglich und jetzt wollten sie es nicht –, dass in die Geschäftsordnung hineinkommt, dass die anerkannten Minderheitssprachen in Österreich auch im Bundesrat verwendet werden können. Das hätte ich gerne gehabt, denn wir haben eine Lösung gehabt, die mit Eintritt der Kollegin Blatnik<sup>42</sup> in den Bundesrat gefunden wurde, und auch da habe ich der Kollegin Blatnik gesagt: „Du bist mehr dem Jürgen Weiss zu Dank verpflichtet als mir“, weil der Jürgen Weiss damit einverstanden war, dass sie eben ein paar Sätze in ihrer Muttersprache sagen kann, aber für das Stenographische Protokoll muss das schriftlich aufliegen.

Mir war natürlich immer klar, dass das eine Abmachung war, die wir in der Präsidiale getroffen haben, die aber nirgends festgeschrieben ist. Denn festgeschrieben ist: die Debattensprache ist Deutsch<sup>43</sup>. – Ende. Und ich habe dann, da war ich schon draußen, einmal einen Vorstoß gemacht, es war auch nicht mehr Konečný Fraktionsvorsitzender, auch Klug<sup>44</sup> war es nicht mehr, ob wir da nicht etwas mit der Geschäftsordnung machen könnten. – Nein, nichts! Also das wäre zum Beispiel auch noch ein

---

42 | Ana Blatnik (\*1957), Berufsschullehrerin, gehörte kurz im Jahr 2000 und in weiterer Folge von 2004 bis 2018 als Mandatarin der SPÖ dem Bundesrat an. In der zweiten Jahreshälfte 2014 führte sie namens des Landes Kärnten als Präsidentin des Bundesrates turnusmäßig den Vorsitz dieser Kammer. Von 2018 bis 2023 war sie Abgeordnete zum Kärntner Landtag.

43 | § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates.

44 | Gerald Klug (\*1968), Gewerkschaftsfunktionär, gehörte als Mandatar der SPÖ von 2005 bis 2013 dem Bundesrat und 2013 sowie von 2016 bis 2017 dem Nationalrat an. Von 2010 bis 2013 war er Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ. In den Jahren 2013 bis 2016 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, im Jahr 2016 jenes des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie.

Wunsch, den ich hätte für den Bundesrat als Vertretung der Buntheit Österreichs.

**Interviewer:** Das wäre ein schönes Zeichen. Wenn ich mir noch eine Geschichte wünschen dürfte, weil das Archiv darin vorkommt und daraus zum Vorschein kommt, dass Archivalien auch politisch nützlich sein können, die Geschichte mit dem Besuch von Petr Pithart und der Masaryk-Rede.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja. Haben Sie mir die rausgesucht, die ...? (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Daher diese Affinität zu dieser Geschichte.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Das habe ich schon auch immer versucht, wenn Gäste gekommen sind oder ich irgendwo hingefahren bin – gibt es irgendeinen besonderen Bezug zu Österreich? Und da war das mit dem Masaryk<sup>45</sup> natürlich eine aufgelegte Sache, nicht? Und natürlich macht man denen, denen man das gibt oder denen gegenüber man betont, dass man das weiß, eine Riesenfreude.<sup>46</sup> Und ich hoffe, dass das weitergenutzt wird, diese Schätze, die da im Parlament liegen.

**Interviewer:** Wir versuchen sie zu retten vor der augenblicklichen Vernichtungswut.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich stehe ja ein bisschen auf Kriegsfuß mit den elektronischen G'schichten, aber worauf man alles verzichtet, weil man es nicht mehr schwarz auf weiß auf Papier hat. Also wie einmal die Geschichtsforschung ausschauen wird,

---

45 | Tomáš Garrigue Masaryk (1850–1937), von 1882 bis 1911 Universitätsprofessor für Philosophie in Prag, gehörte von 1891 bis 1893 und von 1907 bis 1917 dem Abgeordnetenhaus des Reichsrates an. Im Exil warb er ab 1916 bei den Ententemächten für die Gründung eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates, die er 1918 durchsetzte. Von 1918 bis 1935 übte er das Amt des Staatspräsidenten der Tschechoslowakischen Republik aus.

46 | Die Überreichung eines Stenographischen Protokolls einer Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates mit einer Rede von Tomáš Masaryk durch Vizepräsidentin Haselbach an den Präsidenten des tschechischen Senats, Petr Pithart (\*1941), anlässlich seines Besuchs in Wien im Jahr 1998 trug wesentlich zur Entspannung der Gesprächsatmosphäre bei, die durch die Auseinandersetzungen um die grenznahen Atomkraftwerke in der Tschechischen Republik belastet war.



ich traue es mir gar nicht auszumalen. Ich habe schon aufgeschrien, als man im Ministerrat nur mehr Beschlussprotokolle geführt hat.

**Interviewer:** Die digitale Langzeitarchivierung ist erst in den Kinderschuhen. Da besteht ein großes Risiko, dass massive Informationsverluste eintreten werden.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja, ja ... Na ja, bitte, es gibt ja auch Damen, die meinen, sie können selber abschätzen, ob was aufgehoben werden soll oder nicht (Heiterkeit), die von sich aus wissen, was wert ist, aufgehoben zu werden<sup>47</sup>. Also das war mein erster großer Aufschrei in dem Wahlkampf. Das darf ja nicht wahr sein.

**Interviewer:** Aber es entspricht leider dem sogenannten Zeitgeist.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Wissen Sie, ich habe zwar Dienstprüfung gemacht, aber ich bin alles andere als eine Beamtin, aber dieses Ethos, das es in der österreichischen Beamtenschaft zumindest gegeben hat – unbezahlbar, unbezahlbar! Nämlich auch, wie Wissen weitergegeben wurde, und worauf man alles zurückgreifen konnte und auch hier im Haus in Wirklichkeit zurückgreifen kann.

Natürlich war sicherlich die Zeit eines Maleta<sup>48</sup>, eines Fischer eben geprägt durch dieses Hineinwachsen und wirklich alles im kleinen Finger haben. Heute ist ja auch die Verweildauer in einem Mandat kürzer. Wenn es zu lange ist, ist es auch nicht gut (Heiterkeit), aber es dauert einfach, bis man auch ein parlamentarisches Selbstbewusstsein entwickelt, und das verkümmert ein bisschen, wenn man gleich wieder draußen ist.

---

47 | Irmgard Griss (\*1946), ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, hatte im Jahr 2014 eine Untersuchungskommission zur Aufklärung der Vorkommnisse rund um die Hypo Group Alpe-Adria, eine wegen Insolvenzgefahr verstaatlichte und schließlich in Abbaugesellschaften umgewandelte Bank, geleitet, deren Gesprächsprotokolle vernichtet wurden. 2016 kandidierte sie für das Amt des Bundespräsidenten, von 2017 bis 2019 gehörte sie als Mandatarin von NEOS dem Nationalrat an.

48 | Alfred Maleta (1906–1990), als ehemaliger Funktionär der Vaterländischen Front von 1938 bis 1941 in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg interniert, war von 1945 bis 1975 Abgeordneter zum Nationalrat, 1961 bis 1962 Dritter Präsident, 1962 bis 1970 Präsident und 1970 bis 1975 Zweiter Präsident des Nationalrates. Von 1951 bis 1960 war er als Generalsekretär der ÖVP, von 1953 bis 1962 als Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs tätig.



**Interviewer:** Das führt vielleicht zu einer Frage, die man durchaus auch als abschließende sehen könnte. Was zeichnet für Sie einen guten Parlamentarier oder eine gute Parlamentarierin aus?

**Anna Elisabeth Haselbach:** Hm, Bodenhaftung, gute Infrastruktur, nämlich jetzt nicht schienemäßig, sondern Leute, die mit Hirn zuarbeiten, sehr wohl eine gute, fast familiäre Bindung an eine politische Bewegung. Ich meine, ich kann über eigene Entscheidung dorthin finden, aber in dem Moment, wo ich drinnen bin, muss ich schauen, dass das mein Nest wird. Das erklärt aber andererseits natürlich, dass man sich durchaus auch an Klubbeschlüsse hält. Also in meinen Augen ist eine gewisse Langsamkeit im Erreichen eines Mandats oder in irgendeiner Vertretungsfunktion von Nutzen. Und nicht auf jede E-Mail sofort antworten, sondern zuerst einmal nachdenken und sich Zeit nehmen zum Nachdenken. Also das war etwas, was ich bei Firnberg gelernt habe. Da hat man sehr wohl, wenn ein Brief gekommen ist, geschrieben: „Wir bestätigen gerne den Erhalt“, aber sicherlich nichts Inhaltliches hineingegeben. Das ist überprüft worden, überlegt worden, und dann gab es eine Antwort – und nicht sofort. Das Zeitnehmen zum Denken, das wäre wichtig.

**Interviewer:** Frau Präsidentin, ich weiß, Sie sind ein Born, aus dem noch vieles flösse, aber ich will Sie natürlich nicht über Gebühr in Anspruch nehmen und auch zeitlich nicht belasten. Das war ein wunderbares, ganz faszinierendes und interessantes Gespräch.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Eine Geschichte erzähle ich noch: Ich war im Frühjahr 2000 Präsidentin, und das war genau dieses Halbjahr der sogenannten „Sanktionen“<sup>49</sup>, ich habe sie immer als „Maßnahmen“ bezeichnet, und ich habe trotzdem internationale Sachen wahrgenommen – eine Sache dann sogar auf wirklichen

---

49 | Nach Bildung der Bundesregierung aus FPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Februar 2000 verhängten die übrigen EU-Mitgliedstaaten Sanktionen, indem sie insbesondere die diplomatischen Kontakte auf eine „technische“ Ebene beschränkten. Erst sieben Monate später, im September 2000, wurden diese Sanktionen – entsprechend der Empfehlung eines zu diesem Zweck eingesetzten „Weisenrates“ – wieder aufgehoben.

Wunsch der Frau Außenminister<sup>50</sup>; und das war nicht einfach, es war wirklich nicht einfach. Ich habe es dort leicht gehabt, wo ich sofort erklären konnte, ich bin zwar Präsidentin der Zweiten Kammer, aber ich gehöre nicht einer Regierungsfraktion an, was allerdings in meinen Augen schon traurig war, so etwas erklären zu müssen. Ich habe auch immer wieder betont, vor allen Dingen auch im Gespräch mit Kollegen aus Israel, habe ich gesagt: „Bitte schön, ich will nicht anerkannt werden als Tochter von Eltern, die auf der richtigen Seite gestanden sind. Ich bin Österreicherin und als solche erwarte ich, dass man mich so und so behandelt.“ Nur bei einer einzigen Kollegin aus Deutschland, die eben ganz offen gesagt hat: „Bitte, diese Sanktionen sind ein Schwachsinn. Das verhindert überhaupt nicht, dass sich nicht in anderen EU-Staaten“, und darum ist es ja gegangen, „ähnliche Konstellationen entwickeln.“ Ich habe jetzt in diesem Wahlkampf schon sehr, sehr oft an dieses Halbjahr gedacht, das muss ich zugeben. Das war nicht einfach.

Wir haben zum Beispiel in Frankreich wirklich auch zu einem Trick greifen müssen, da konnte ich meine Redezeit tauschen mit dem Senatspräsidenten aus Italien, sonst wäre von Kommunisten und Grünen diese internationale Konferenz im Gebäude des französischen Senats gestört worden, weil man nicht wollte, dass aus Österreich jemand spricht – nämlich diese Fraktionen, vom Senatspräsidenten war ich eingeladen.

Und der Robert-Denis<sup>51</sup>, der in Österreich als Rundfunksprecher sehr bekannt war, der ja Mitglied des französischen Senats ist, hat es dann zustande gebracht, dass ich eine riesige Pressekonferenz geben konnte, wo ich einiges erklären konnte, aber

---

50 | Benita Ferrero-Waldner (\*1948), seit 1984 Diplomatin im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und von 1994 bis 1995 im Dienst der Vereinten Nationen, fungierte von 1995 bis 2000 als Staatssekretärin im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und von 2000 bis 2004 als Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten. In den Jahren 1996, 1999 bis 2000 und 2002 bis 2003 gehörte sie jeweils kurzfristig als Mandatarin der ÖVP dem Nationalrat an. 2004 bewarb sie sich um die Bundespräsidentschaft, unterlag jedoch im ersten Wahlgang Heinz Fischer. Von 2004 bis 2010 war sie Mitglied der EU-Kommission.

51 | Robert-Denis del Picchia (\*1942) war Leiter des französischen Dienstes von Radio Österreich International. In den Jahren 1998, 2008 und 2014 wurde er in den französischen Senat gewählt, dem er bis 2021 angehörte.

natürlich, wenn dann ein Journalist kommt und sagt: „Und wieso tun Sie nichts gegen diese Regierung?“ ... Und das Schöne in dem Saal, wo diese Pressekonferenz war, war ein Riesengobelin mit der Szene „Der Kampf gegen die Windmühlen“. Und ich habe gesagt: „Ich brauche Ihnen da nicht viel zu erklären. Bitte schauen Sie genau diesen Wandteppich an.“

**Interviewer:** Manchmal hilft der genius loci.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Nein, nein, dieses halbe Jahr war nicht lustig. Ich habe effektiv schon die Koffer gepackt gehabt für eine Bundesratsdelegation nach Japan, und die haben uns kurzfristigst ausgeladen ... irgendeinen Zeitgrund angegeben. Ich habe aber unseren Botschafter ganz gut gekannt und habe gesagt: „Du, Dieter, was ist wirklich los?“ Da sagte er: „Das kann ich dir schon sagen. Zur gleichen Zeit macht das holländische Königshaus einen Besuch in Japan, und da hat man gemeint, da darf es kein Zusammentreffen mit Österreichern geben.“

Das waren schon Dinge, wo ich mir gedacht habe: Das hat Österreich wirklich nicht verdient. Österreich hätte, oder sagen wir, die Wähler, die das halt verursacht haben, hätten jeden Schimpf in allen Zeitungen hinnehmen müssen, keine Frage, aber dass man also Kontakte mit der Regierung und so weiter – und dann eben auch auf parlamentarischer Ebene – einfach ruhigstellt ... Aber ich glaube, auch da ist die EU klüger geworden. Noch nicht ganz weise, aber sie ist klüger geworden.

**Interviewer:** Das wäre sonst mit einer ungarischen Fidesz-Regierung wahrscheinlich auch schwierig.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Oder auch mit einer polnischen ...

**Interviewer:** Oder einer polnischen ...

**Anna Elisabeth Haselbach:** Aber vielleicht war es ganz gut, dass die EU draufkommen musste, so wie sie Österreich behandelt hat, war einfach falsch. Aber als

Betroffener in Alexandria in einen Sitzungssaal zu kommen, wo eine Senatskollegin aus einem anderen Land mit dem eigenen Sessel davonrennt, damit man ja nicht neben ihr sitzt, also das sind keine lustigen Sachen.

[...]

**Interviewer:** Politik ist also auch eine Tätigkeit, in der man unangenehme Erfahrungen macht.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ja. Aber man macht es ja gern, sonst täte man es nicht.

**Interviewer:** Das ist bei allem wichtig, was man tut.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Nein, nein. Natürlich habe ich ein Riesenglück gehabt mit dem Elternhaus, mit meinem Mann, dem Berufsweg, den ich gehen konnte – durch die Freundschaft vom Elternhaus. Nein, nein, ich habe schon viel Glück gehabt – sehr viel.

**Interviewer:** Man muss das Glück, das man vorfindet, aber auch nützen.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich weiß gar nicht, ob ich so viel dazu beigetragen habe, es zu nützen. (Heiterkeit.)

**Interviewer:** Ich glaube schon.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Ich war schon gern Parlamentarierin, schon. Ich habe natürlich in den zehn Jahren Ministerbüro auch die Verwaltung erlebt, aber ... Als Minister kann man schon auch gestalten, und als Abgeordneter sollte man gestalten. (Heiterkeit.)

Ich hoffe, dass ich ein bisschen etwas ... wahrscheinlich nicht, das war ein nettes Plaudern.

**Interviewer:** Frau Präsidentin, es war ein wunderbares, gedankenreiches Gespräch, das uns viele wohlbegründete, in einer reichen Erfahrung fundierte Erkenntnisse gebracht hat. Es war ein sehr, sehr wertvolles Gespräch, für das ich ganz, ganz herzlich danke.

**Anna Elisabeth Haselbach:** Danke.

**Interviewer:** Danke schön.





## Zum Weiterlesen:

- ♦ Anna Elisabeth Haselbach, Gedanken aus 20 Jahren im Bundesrat, in: Parlamentsdirektion (Hg.), 100 Jahre Bundesrat: Eine starke Säule der Republik, Wien 2020, S. 167-179

## **Impressum:**

### **Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:**

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

**Adresse:** Dr. Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

**Text:** Günther Schefbeck

**Redaktion:** Sabina König, Tamara Oberleiter, Susanne Roth

**Grafische Gestaltung:** 4.2 – Corporate Identity | Nadja Bučovnik, Sara Pleschounig, Pia Wiesböck

### **Fotos:**

© Parlamentsdirektion/Bettina Mayr-Siegl: S. 47

© Parlamentsdirektion/Carina Ott: S. 31 (li. u.), 54 (li. o.)

© Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 2, 6, 67

© Parlamentsdirektion/Jacqueline Godany: S. 54 (re. o.)

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: Coverfoto, S. 4, 54 (unten)

© Parlamentsdirektion/Leo Hagen: S. 54 (li. m.)

© Parlamentsdirektion/Mike Ranz: S. 15 (oben, li. u.), 38 (alle)

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen: S. 63

© Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger: S. 21 (beide), 31 (oben, re. u.)

© HBF/Litscher: S. 26

© Photographie Helmreich: S. 15 (re. u.)

**Druck:** Parlamentsdirektion

ISBN: 978-3-901991-61-5

Wien, im November 2025

Das Interview mit Anna Elisabeth Haselbach fand am 2. Juni 2016 statt.

Die Reihe wird laufend um weitere Interviews ergänzt; das Erscheinen der Bände folgt keiner Reihung oder Kategorisierung, sondern unterliegt dem Zufallsprinzip, da sie jeweils nach Fertigstellung als Publikationen aufgelegt und unter [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at) zum Download zur Verfügung gestellt werden. Bitte beachten Sie auch den Podcast „Geschichte(n) aus dem Parlament“, der ebenfalls auf diesen Interviews basiert, sowie die zusammenfassende Publikation „Erlebter Parlamentarismus. Das österreichische Parlament im Spiegel persönlicher Erinnerungen.“



### **Weitere Bände der Reihe:**

Band 1: Heinz Fischer

Band 2: Andreas Khol

Band 3: Gerulf Stix

Band 4: Heide Schmidt

Band 5: Freda Meissner-Blau

Band 6: Jürgen Weiss

**Band 7: Anna Elisabeth Haselbach**

Band 8: Erhard Busek

Band 9: Karl Blecha

Band 10: Willi Brauneder

Band 11: Michael Krüger

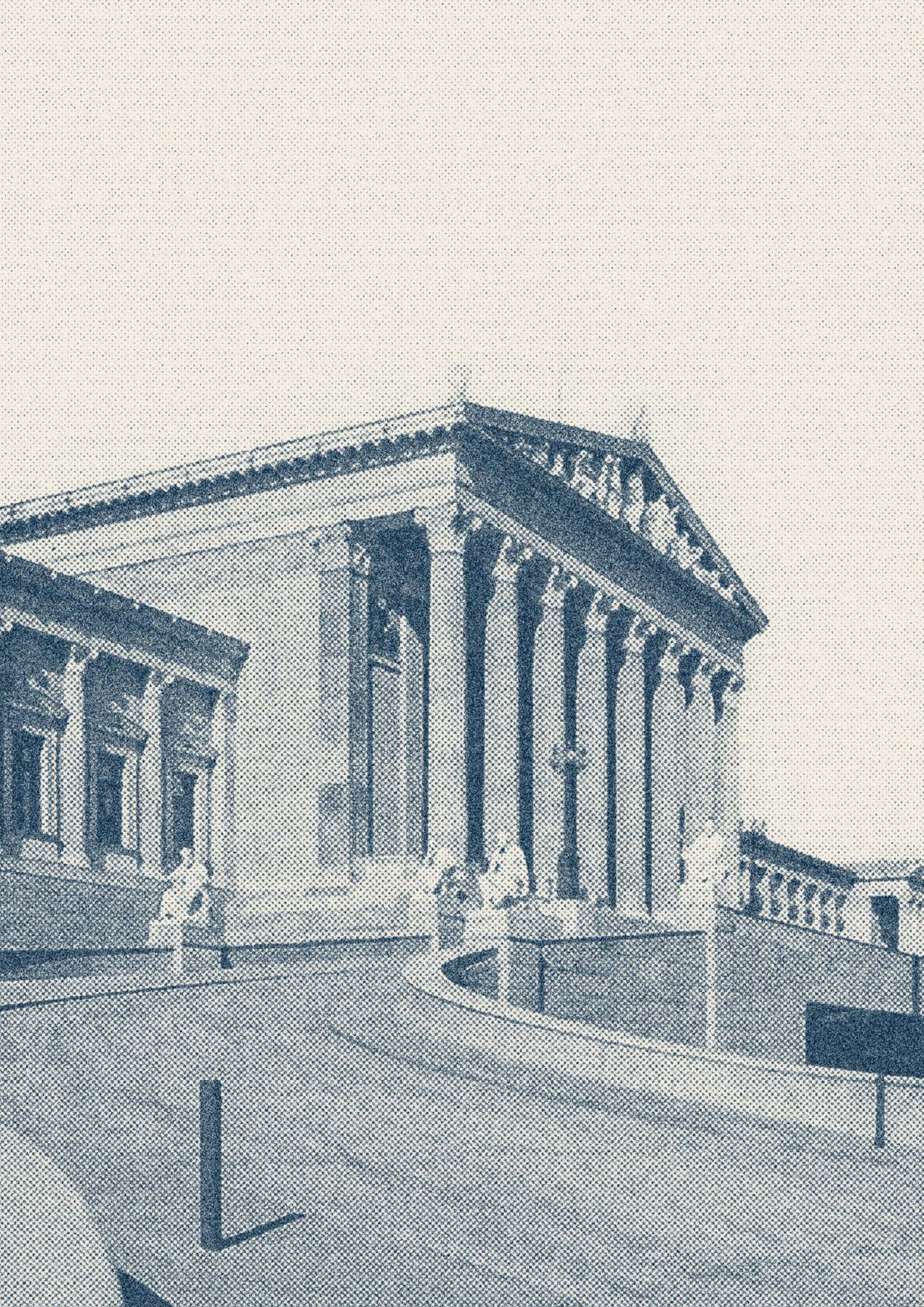
Band 12: Peter Kostelka

Band 13: Terezija Stoisits

Band 14: Paul Kiss

Band 15: Karl Smolle







Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ bietet neue, spannende Einblicke hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs in Interviews mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach und zeichnen so ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament.